



Ausschuss für Europa und Internationales

47. Sitzung (öffentlich)

12. November 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:30 Uhr bis 12:30 Uhr

Vorsitz: Dietmar Brockes (FDP)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1 75 Jahre Nordrhein-Westfalen – 75 Jahre Friendship zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich	6
Gast: Rafe Courage, Britischer Generalkonsul in Düsseldorf	
– Wortbeiträge	
2 Die Arbeit des Büros des Landes Nordrhein-Westfalen für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur in Israel	19
Gast: Dr. Gil Yaron (per Video), Leiter des NRW-Büros in Israel	

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2022) 37

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14700

Vorlage 17/5713
Vorlage 17/5889
Vorlage 17/5918

Einzelplan 02 – Staatskanzlei (Zuständigkeitsbereich des Ausschusses)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/14700 unverändert mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

4 NRW stellt sich seiner internationalen menschenrechtlichen Verantwortung – durch antidemokratische Regime bedrohte Menschen schützen! 42

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/12049

Ausschussprotokoll 17/1531 (Anhörung vom 03.09.2021)

– wird nicht behandelt

5 Austausch schafft Freundschaft und Verständnis – ein Stipendienwerk/-programm zur Aufrechterhaltung der Austauschbeziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich 43

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/13411

Ausschussprotokoll 17/1579 (Anhörung vom 01.10.2021)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion Drucksache 17/13411 einstimmig zu.

- 6 Grenzüberschreitender Hochwasser- und Katastrophenschutz** (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*) **46**
- Vorlage 17/5797
Vorlage 17/5947
- Wortbeiträge
- 7 Gute Arbeit auf digitalen Plattformen – Keine Chance für Billiglöhne und Sozialdumping!** **51**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/13778
- Ausschussprotokoll 17/1565
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 17/13778 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.
- 8 Verschiedenes** **54**
- Europäischer Bürgerdialog** **54**

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Dietmar Brockes begrüßt die Ausschussmitglieder sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung, angeführt vom Herrn Minister Dr. Holthoff-Pförtner. Besonders begrüße er den heutigen Gast, den britischen Generalkonsul, Herrn Rafe Courage, der gleich unter TOP 1 zum Ausschuss sprechen werde.

Johannes Remmel (GRÜNE) bittet, die Beratung über TOP 4 „NRW stellt sich seiner internationalen und menschenrechtlichen Verantwortung“ Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen Drucksache 17/12049 auf die nächste Sitzung zu verschieben. – Der **Ausschuss** ist einverstanden.

1 75 Jahre Nordrhein-Westfalen – 75 Jahre Friendship zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich

Gast: Rafe Courage, Britischer Generalkonsul in Düsseldorf

Vorsitzender Dietmar Brockes: Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Courage! Das Jahr 2021 ist für die enge Freundschaft zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich ein besonderes Jahr. Gemeinsam blicken wir zurück auf 75 Jahre freundschaftliche Beziehungen, von der Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen bis heute. Wir haben in diesem Jahr auch trotz Corona, so kann ich sagen, den Geburtstag gemeinsam gefeiert. Aber auch die vielen Begegnungen zwischen den zahlreichen Partnerschaften, Schulfahrten und Reisen in das jeweils andere Land zeigen unsere engen Beziehungen.

20.000 Britinnen und Briten haben Nordrhein-Westfalen mittlerweile zu ihrem Zuhause erklärt. Ich bin sehr froh darüber, dass trotz des Brexits die Verbindungen zwischen Nordrhein-Westfalen und Großbritannien nach wie vor sehr eng sind, und möchte Ihnen an der Stelle auch versichern, Herr Generalkonsul, dass wir uns weiterhin für den Erhalt dieser engen und guten Beziehungen einsetzen wollen. Unter dem Tagesordnungspunkt 5 werden wir gleich auch einen Antrag zum Stipendienprogramm entsprechend diskutieren.

Meine Damen und Herren, 75 Jahre Friendship zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich – ein würdiger Anlass, um sich über die enge Freundschaft zwischen beiden Ländern auszutauschen, aber auch, um den Blick nach vorne zu richten. Herr Courage, wir sind sehr gespannt deshalb auf Ihre Einschätzungen, freuen uns auf Ihre Ausführungen und ich darf Ihnen das Wort geben, bitte.

Rafe Courage (Britischer Generalkonsul in Düsseldorf): Herzlichen Dank. Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Minister Dr. Holthoff-Pförtner! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Vielen Dank für die Einladung in Ihren Ausschuss. Ich freue mich, mit Ihnen über Großbritannien und Nordrhein-Westfalen zu sprechen, und ich möchte Ihnen die besten Grüße von Botschafterin Jill Gallard übermitteln, die heute leider nicht hier sein kann.

Es war und ist ein ganz besonderes Jahr für unsere beiden Länder. Das haben Sie schon erwähnt. Wir feierten und feiern gemeinsam den 75. Geburtstag Ihres Landes mit einem bunten Programm, einer großen Feier im August und vielen Mitwirkenden. Natürlich hätten wir uns andere Umstände dafür gewünscht nach der Flutkatastrophe im Juli, die Ihr Land so schlimm getroffen hat. Ich kann Ihnen versichern, dass mein Land an Ihrer Seite steht, und möchte allen Betroffenen mein Beileid aussprechen.

Die britische Militärverwaltung hat Nordrhein-Westfalen im August 1946 durch die Verordnung Nummer 46 gegründet, die damals genannte „Operation Marriage“. Die Vereinigung des nördlichen Rheinlandes mit Westfalen und später natürlich Lippe ist gelungen. Heute ist NRW ein erfolgreiches, starkes Bundesland mit bedeutenden, innovativen Unternehmen, mit ausgezeichneten Universitäten und Forschungseinrichtungen und mit einem einmaligen Kultur- und Industrieerbe. Großbritannien ist stolz darauf,

dieses Bundesland gegründet zu haben; damals übrigens gegen den Widerstand von Frankreich und der Sowjetunion.

75 Jahre NRW bedeutet auch 75 Jahre enge Partnerschaft und „Friendship“ unserer Länder. Wir wurden vom Besatzer zum Alliierten und Freund. Heute sind wir so eng verbunden wie niemals zuvor: im Handel, wo NRW unser größter Handelspartner in Deutschland bleibt mit einem Volumen von über 20 Milliarden Euro, mit mehr britischen Exporten, Investitionen und aktiven britischen Firmen als in jedem anderen Bundesland. 2019 haben wir zudem mit dem Wirtschaftsministerium zusammen einen Technologiekooperationsdialog ins Leben gerufen. Er führt seitdem zu engem Austausch, zum Beispiel in den Bereichen Cyber Security, Blockchain, Wasserstoff und Kreislaufwirtschaft.

Im Bildungssektor unterhalten unsere Schulen und Hochschulen mehr als 700 Partnerschaften. In der Zivilgesellschaft sind wir durch fast 150 Städtepartnerschaften verbunden. Das ist mehr als ein Viertel aller existierenden deutsch-britischen Partnerschaften. Zum Beispiel ist die älteste dieser Art zwischen Düsseldorf und Reading schon 1940 entstanden. Und neue kommen hinzu. Im August dieses Jahres haben die Metropolregion Ruhr und Greater Manchester ein Kooperationsabkommen abgeschlossen, das zu engem Austausch der Behörden, Unternehmen und Bürger in vielen Feldern führen wird, vom Transportsektor bis zur Cybersicherheit. Es ist genau die Form der regionalen, breiten und sektoralen Zusammenarbeit, die wir brauchen.

Dazu kommt natürlich der enge, engagierte und alltägliche Austausch unserer Bürger in Vereinen, im Sport und Theater, in Chorgruppen und Kirchengemeinden. Wir haben es schon gehört, mehr als 20.000 Briten haben NRW zu ihrem Zuhause gemacht. Das ist fast ein Viertel aller in Deutschland lebenden Briten.

Natürlich haben sich unsere Beziehungen in diesen 75 Jahren verändert. Die zehntausenden britischen Soldaten, die in den letzten Jahrzehnten in NRW stationiert waren, sind meistens, aber nicht alle, abgezogen. Wir haben immer noch in der Normandy Kaserne in Sennelager bei Paderborn eine kleine Gruppe, die da bleibt. Aber die Geschichte der britischen Truppen bleibt Teil unserer gemeinsamen Geschichte und hat viele Freundschaften und deutsch-britische Familien geschaffen.

Die andere große Veränderung unserer Beziehungen ist natürlich der Austritt Großbritanniens aus der EU. Ich weiß, dass viele von Ihnen, viele Menschen in Nordrhein-Westfalen von dieser Entscheidung enttäuscht waren. Die letzten Jahre waren nicht einfach und haben unsere unterschiedlichen Ansichten zur europäischen politischen Integration deutlich gemacht. In den letzten Monaten haben wir zudem viele negative Schlagzeilen beispielsweise zum Rückgang unseres Handels. Ich bin aber sehr optimistisch, dass unsere Beziehungen trotz allem, trotz dieser veränderten Rahmenbedingungen stark bleiben. Wie ich anfangs ausgeführt hatte, stehen Sie auf einem starken Fundament. Wir können es weiter ausbauen und ein neues Kapitel unserer Beziehungen aufschlagen. Warum glaube ich das? Ich will Ihnen drei Gründe nennen.

Erstens verbindet uns doch so viel mehr als uns trennt. Die britische Regierung weiß: Wir brauchen Nordrhein-Westfalen, wir brauchen Deutschland. Wir teilen die gleichen

Werte und Interessen: Frieden, Sicherheit, Wohlstand, offene nachhaltige Märkte, den Kampf gegen den Klimawandel und eine regelbasierte internationale Ordnung.

In vielen Fragen der internationalen Politik arbeiten wir deshalb weiterhin eng zusammen, ob das auf der jetzigen Klimakonferenz in Glasgow, COP26, geschieht, die heute zu Ende gehen soll, wo wir diese Woche gemeinsam entscheidenden Fortschritt gemacht haben, ob das in der G7 ist, deren Vorsitz Großbritannien dieses Jahr hatte und nächstes Jahr an Deutschland übergeben wird. In der Außen- und Sicherheitspolitik haben unsere Außenminister eine Absichtserklärung unterzeichnet, die unsere gemeinsamen Interessen vorstellt und unseren Austausch vertiefen wird.

Bei ihrem Besuch in London hat Bundeskanzlerin Merkel im Juli zudem mit Premierminister Johnson vereinbart, gemeinsame Kabinettsitzungen abzuhalten. All diese Formen der Zusammenarbeit teilen wir auch mit der voraussichtlichen neuen deutschen Regierung.

Zweitens. Sie wissen über unsere Differenzen zum Nordirlandprotokoll. Aber diese betreffen nur einen spezifischen Aspekt unserer neuen Beziehungen. Alle anderen Fragen wurden im Handels- und Kooperationsabkommen gelöst, das seit Anfang des Jahres in Kraft ist. Das Abkommen ermöglicht uns, nach vorne zu schauen und schafft eine Partnerschaft auf der Basis von Freihandel und Zusammenarbeit.

Was können wir nach mehr als zehn Monaten sagen? Ja, der deutsch-britische Handel ist zurückgegangen, aber auch der weltweite Handel. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen: die Pandemie, der damit verbundene Rückgang der weltweiten Produktion, die Unterbrechung von Lieferketten, die Unsicherheit der Verbraucher. Es wird also dauern, bis sich unser Handel wieder einpendelt. Das ist aber ganz normal. Die Erfahrung zeigt, dass es einige Jahre braucht, bis sich ein Freihandelsabkommen voll entfaltet.

Drittens. Es sind letztlich Menschen, die unsere bilateralen Beziehungen mit Leben erfüllen. Gerade hier in Nordrhein-Westfalen setzen sich so viele Menschen, darunter viele von Ihnen mit Engagement für die deutsch-britische Freundschaft ein. Hier möchte ich sehr gern auch die Parlamentariergruppe Großbritannien erwähnen, die in dieser Legislaturperiode gegründet worden ist und die Sie, ich glaube, auch als erster deutscher Landtag ins Leben gerufen haben, obwohl ich weiß, dass es seit dieser Woche auch in Bayern eine britische Parlamentarier-Freundschaftsgruppe gibt. Für diese Zusammenarbeit möchte ich Ihnen sehr herzlich danken. An dieser Stelle würde ich gern das 75. Jubiläum erwähnen und das Programm, das wir gemeinsam mit der Landesregierung und insbesondere mit der Staatskanzlei durchgeführt haben. Für mich ist das wirklich ein Höhepunkt des Jahres gewesen.

Ich hatte schon das Jubiläum am 23. August betont, als Bundeskanzlerin Merkel anwesend war, unser Staatsminister für Außenhandel Greg Hands hat Großbritannien vertreten. Seitdem arbeiten wir in anderen Bereichen zusammen mit ganz verschiedenen Aktivitäten, und wir überlegen uns jetzt: Wie können wir das in der Zukunft sicherstellen? Wir sind im engen Austausch mit der Landesregierung, darüber zu sprechen, wie wir sichern können, dass wir unsere Beziehungen noch in der Zukunft vertiefen und verbreitern können.

Wir werden alles dafür tun, um die gesellschaftlichen Verbindungen weiter auszubauen. Die deutsche und die britische Regierung haben zum Beispiel vereinbart, die Mittel für den Jugend- und Schulaustausch zu erhöhen. Für jemanden wie mich, der selbst mit einem Schulaustausch Deutschland besuchen durfte, ist dies eine ausgezeichnete Nachricht. Leider war mein Schulaustausch nicht in Nordrhein-Westfalen, sondern in Baden-Württemberg, aber man kann nicht alles haben.

Außerdem haben wir vereinbart, einen offiziellen Kulturdialog ins Leben zu rufen, der unsere Künstler und Kulturschaffenden noch enger zusammenbringen wird. All das zeigt, dass Großbritannien ein zuverlässiger und verantwortungsvoller europäischer Partner bleibt, in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland. Es gilt also, was der Prinz von Wales, unser Thronfolger, bei seinem Deutschlandbesuch vor einem Jahr im Bundestag gesagt hat: Wir werden immer Freunde, Partner und Verbündete bleiben.

Lassen Sie uns gerade hier in Nordrhein-Westfalen diese Beziehungen weiter mit Leben füllen. Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit mit Ihnen, und ich freue mich auf den Austausch heute. – Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Vorsitzender Dietmar Brockes: Ganz herzlichen Dank, Herr Generalkonsul. Ich darf fragen, wer das Wort wünscht. – Als Erstes hat sich Herr Kollege Krauß gemeldet. Bitte.

Oliver Krauß (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Thank you very much indeed, dear Rafe Courage. Vielen Dank für den Besuch, vielen Dank aber auch vor allem für 75 Jahre „Friendship“. Meine erste Frage ist eine persönliche Frage. Sie haben optimistisch in die Zukunft geblickt und die Zusage gemacht, dass Großbritannien als starker Partner erhalten bleibt, als Freund. Das ist wichtig für uns. Aber was wünschen Sie sich persönlich denn für die nächsten 75 Jahre „Friendship“?

Dann haben Sie die Städtepartnerschaften zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich angesprochen. Das sind mehr als in jedem anderen Bundesland. Was können wir noch tun, dass in Zukunft diese Beziehungen auf kommunaler und zivilgesellschaftlicher Ebene noch weiter ausgebaut werden?

Sie haben davon gesprochen, dass sehr viele Menschen hier enttäuscht waren und weiterhin noch sind über die Entscheidung, die Europäische Union zu verlassen. Wie nehmen Sie die Stimmung im Vereinigten Königreich zu dieser Entscheidung wahr, jetzt, wo die einen oder anderen Folgen des Brexit auch spürbar geworden sind, gerade im Handelsbereich? Nehmen Sie da eine Veränderung der öffentlichen Meinung wahr?

Mein letzter Punkt ist: Sie haben es angesprochen, das Turing-Programm, mit dem studierende Schülerinnen und Schüler aus dem Vereinigten Königreich ins Ausland kommen können. Können Sie sagen, wie das Programm angenommen wird, wie erfolgreich es ist? Denn wir haben ein sehr großes Interesse an diesem Austausch, wie wir auch – Sie haben es gehört – im späteren Verlauf der Sitzung in einem Antrag ein NRW-UK-Stipendienprogramm beschließen wollen und von unserer Seite unseren Beitrag leisten wollen. – Herzlichen Dank.

Vorsitzender Dietmar Brockes: Vielen Dank, Herr Kollege Krauß. – Das waren zwar schon einige Punkte, aber ich würde trotzdem gerne weiter sammeln. Da sich alle Fraktionen fast zeitgleich gemeldet haben, würde ich entsprechend nach der Größe der Fraktionen fortfahren und als Nächstes Herrn Kollegen Watermeier für die SPD-Fraktion das Wort geben, bitte.

Sebastian Watermeier (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Herr Generalkonsul, Mister Courage, ich darf mich zunächst sehr herzlich bedanken für Ihre einleitenden Worte, in denen Sie 75 Jahre nordrhein-westfälisch-britische Geschichte in großen Linien aufgezeigt haben, und möchte an der Stelle sagen, Sie haben jetzt von Großbritannien immer – natürlich formal korrekt – als Besatzungsmacht gesprochen.

Ich möchte aus meiner sozialdemokratischen Perspektive sagen: Großbritannien war militärisch natürlich eine Besatzungsmacht, war aber letztlich der Befreier dieses Landes und nicht nur der Geburtshelfer dieses Landes, sondern auch die ganze Zeit über ein sehr verlässlicher Partner für die nordrhein-westfälische Politik und auch ein Partner, dem Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten persönlich viel verdanken im Schutz während der Zeit des Nationalsozialismus und in dem großen Vertrauen, dass die britische Militärregierung nach der Zeit des Nationalsozialismus in der Stunde null gegenüber den demokratischen politischen Kräften in Deutschland gezeigt hat. Dafür noch mal ganz herzlichen Dank.

Mich verbinden auch viele persönliche Geschichten mit Großbritannien, nicht nur, weil ich Anglist bin, sondern auch, weil ich in Münster studiert habe, wo die von Ihnen angesprochenen britischen Kameradinnen und Kameraden auch so stadtbildprägend sind. Die sieht man da immer wieder auf dem Weihnachtsmarkt insbesondere – oder sah man, das ist ja jetzt leider auch vorbei. Es gibt viele schöne Geschichten, die man erzählen könnte. Der Brexit hat uns da jetzt ein Stück weit einen Strich durch die Rechnung gemacht, ganz viele neue Geschichten hinzuzufügen, aber ich glaube, ein paar werden durchaus noch kommen.

Bevor wir gleich in der Diskussion vielleicht untereinander mit den Kollegen darauf kommen, was so unsere Seite der Hausaufgaben ist, die wir auch machen müssen als nordrhein-westfälische Partner, um diese Partnerschaft aufrechtzuerhalten, hätte ich noch mal eine tagesaktuelle Nachfrage. Großbritannien hat den Vorsitz der UN-Klimakonferenz, die gerade in Glasgow stattfindet, wo es um unsere gemeinsame Welt geht. Haben Sie Informationen, wie der aktuelle Sachstand ist, ob die Konferenz vielleicht noch mal in Verlängerung geht, ob es eine realistische Aussicht auf eine gemeinsame starke Abschlusserklärung gibt?

Vorsitzender Dietmar Brockes: Vielen Dank. – Für die FDP-Fraktion Frau Kollegin Müller-Rech, bitte.

Franziska Müller-Rech (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Generalkonsul! Vielen Dank, Herr Courage, dass Sie heute hier sind und auch für Ihren spannenden Vortrag. Wir kennen uns ja auch aus der Parlamentariergruppe. Der Austausch ist wirklich sehr freundschaftlich. Da ist

„Friendship“ auch hier mit dem Parlament sehr gut gelebt. Dafür ein großes Dankeschön.

Da schon viele Frage gestellt worden sind, möchte ich mich auf zwei kleinere begrenzen. Zum einen, anschließend auch an das Stipendienprogramm und insbesondere die Sicht junger Menschen, sowohl in Nordrhein-Westfalen als auch im Vereinigten Königreich: Was glauben Sie, was die wichtigen Weichenstellungen sein werden, jetzt nach dem Brexit in dieser schwierigen Lage wieder einen gemeinsamen Spirit zu entwickeln und auch die Verbindungen zu vertiefen, auch für Nordrhein-Westfalen zu werben, dass viele junge Menschen auch nach Deutschland kommen, aber dann vielleicht nicht nach Baden-Württemberg, wenn ich mir das erlauben darf, sondern lieber zu uns hier ins schöne Nordrhein-Westfalen? Was können wir dort auch tun, um das zu festigen und auch den Blick auf Nordrhein-Westfalen zu richten, daran anschließend auch das wieder zu öffnen auf die Gesamtgesellschaft?

Die zweite Frage: Was können wir aus Ihrer Sicht tun, um auch Nordrhein-Westfalen als spannende, interessante Region zum Beispiel für wirtschaftliche Aktivitäten, aber auch für den Tourismus im Vereinigten Königreich zu bewerben, beliebter zu machen? – Vielen Dank.

Vorsitzender Dietmar Brockes: Danke. Und für die grüne Fraktion, Herr Kollege Rimmel, bitte.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Generalkonsul Courage! Herzlichen Dank für Ihre Anwesenheit. Ich habe so viele Fragen, dass ich eigentlich anregen würde, dass Sie bei jeder Sitzung zur Verfügung stehen, um unsere Impulse zur Vertiefung der Beziehung auch manifest werden zu lassen.

Ich darf den vielen Verbindungen noch einen weniger bekannten Punkt hinzufügen. Sie waren nicht nur Pate oder Geburtshelfer unseres Bundeslandes, sondern Großbritannien hat in Europa auch das erste Klimaschutzgesetz auf den Weg gebracht. Dieses Klimaschutzgesetz war Pate für das erste Klimaschutzgesetz in der Bundesrepublik, nämlich hier in Nordrhein-Westfalen. Insofern verbindet uns auch da eine besondere Freundschaft.

Ich will meine Fragen konzentrieren auf drei, vier Punkte. Das erste wäre: In der Tat, Sie haben die kulturellen Beziehungen erwähnt. Sie haben auch erwähnt, dass es eine Vereinbarung gibt, dass die Kabinette miteinander tagen auf der Bundesebene. Da wir aber eine föderale Ordnung haben, haben wir die Frage des kulturellen Austausches und des Austausches über Bildung und kulturelle Fragen mit Frankreich anders organisiert, nämlich dadurch, dass es einen Beauftragten von den Ländern gibt, um diese Frage in einen Austausch mit einzubeziehen. Im Range eines Ministers nimmt der Beauftragte für die deutsch-französische Freundschaft an diesen Kabinettsitzungen teil. Wäre so etwas vorstellbar, auch im Austausch mit Ihrem Kabinett, um vor allem die kulturelle und Bildungsfrage auch auf höchster Ebene zu verankern? – Frage eins.

Frage zwei geht in eine ähnliche Richtung. Das, was am meisten schmerzt, jedenfalls so von den persönlichen Begegnungen her, ist, dass es nicht gelungen ist, im Rahmen

des Brexit Erasmus zu retten. Das heißt ja nicht, dass wir nicht vielleicht doch wieder Versuche unternehmen können, in diese Richtung zu gehen. Deshalb auch die Initiative aus dem Parlament hier, vielleicht einen kleinen Beitrag zu leisten. Aber in dem Zusammenhang würde mich interessieren: Was ist Ihre Einschätzung, warum Erasmus ein gewisses Ungleichgewicht hatte, also dass mehr Interesse aus Deutschland, aus Nordrhein-Westfalen, am Austausch besteht – auch, im Übrigen, sehr zart angefangen bei Auszubildenden mit sehr positiven Rückmeldungen, Erasmus+ –, warum weniger Interesse auf britischer Seite besteht, den Austausch zu suchen?

Dann interessiert noch eine Initiative, die jetzt wohl ganz jung ist. Es gibt den Versuch, die Metropolregionen Ruhr und Greater Manchester zu verbinden. Welche Perspektiven, Möglichkeiten, was würden Sie uns empfehlen, einen solchen Austausch von Metropolregionen in Projekten vielleicht zu unterstützen? – Vielen Dank.

Vorsitzender Dietmar Brockes: Danke. – Für die AfD-Fraktion hat Herr Tritschler das Wort. Bitte.

Sven Werner Tritschler (AfD): Vielen Dank auch von unserer Seite, Herr Generalkonsul, für den interessanten Vortrag. Ich hätte noch zwei Nachfragen. Und zwar zum einen, es klang ja schon auch in Ihrem Vortrag an: Sie hatten von negativen Schlagzeilen gesprochen, was die Versorgungsengpässe, von denen in Deutschland berichtet wird, in Großbritannien angeht. Manchmal könnte man fast den Eindruck gewinnen, es bricht bald eine Hungersnot aus. Vielleicht können Sie das ein wenig entkräften oder uns erzählen, wie genau die Lage ist und wie die britische Regierung beabsichtigt, das zu beheben.

Dann anschließend an das, was Herr Remmel gesagt hat: Sie hatten, was ja auch nachher noch auf der Tagesordnung steht, das Erasmus-Programm angesprochen. Dass Sie da ausgestiegen sind, war ja nicht zwingend eine Folge des Brexit war, sondern es war wohl eine bewusste Entscheidung der britischen Regierung. Ich habe da auch Studien gelesen, dass Sie analysiert haben, dass das überwiegend denen zugutekommt, die es am wenigsten brauchen. Das wollten Sie mit dem Turing-Programm, so habe ich es verstanden, beheben. Vielleicht können Sie uns über das Turing-Programm auch noch ein wenig erzählen. – Vielen Dank.

Vorsitzender Dietmar Brockes: Vielen Dank. – Herr Courage. Viele Fragen, ein großer Blumenstrauß. Sie haben das Wort zur Beantwortung, bitte.

Rafe Courage (Britischer Generalkonsul in Düsseldorf): Einige sind mehr oder weniger ähnlich. Ich glaube, wir können die ein bisschen gruppieren – ist das ein deutsches Wort oder engleutsch? Wo soll ich dann anfangen? Es gibt eine Gruppe Fragen über Bildung, Jugend- und Schulaustausch und Studieren, und dann auch darüber, wie es weitergeht mit der Beziehung und mit der Zusammenarbeit. Vielleicht fange ich dort an.

Von den Kollegen die Frage, was mein persönlicher Wunsch ist: Hier an dieser Stelle, ich bin jetzt seit vier Jahren Generalkonsul in Düsseldorf, meine Amtszeit geht langsam zu Ende, 2022. An dieser Stelle möchte ich zuerst sagen, wie sehr beeindruckt ich bin trotz des Brexit von der Herzlichkeit und dem warmen Empfang, den ich immer erlebt habe. Das ist nicht nur die Höflichkeit, ich habe immer das Gefühl, es geht weiter darüber hinaus. Das ist natürlich für mich sehr berührend und hilft mir in meiner Arbeit.

Dann zu beantworten, was mein Wunsch für die nächsten Jahre ist: eigentlich, dass es weitergeht wie bisher. Es gibt sicher ein Risiko bei den Entwicklungen, das haben wir gerade erwähnt, zum Beispiel Erasmus-Programm und so weiter. Es besteht ein Risiko, dass – ich weiß auch nicht, ob das gutes Deutsch ist – Großbritannien und Deutschland und Nordrhein-Westfalen einfach auseinanderdriften. Wenn wir nicht genug Kontakte haben, dann besteht ein Risiko, dass wir einfach weniger miteinander zu tun haben. Und – das kann ich ganz offen sagen, auch im Namen der Botschafterin – das wäre sehr bedauerlich und das will auch Großbritannien nicht, dass wir die Verbindungen verlieren oder dass sie geschwächt werden. Das ist mein persönlicher Wunsch, dass wir weiterhin tun, was wir jetzt tun, was wir, glaube ich, hier zusammen tun und auch in unserer Arbeit mit der Landesregierung in diesem Jahr, dass wir alle möglichen Gelegenheiten suchen, nutzen, um die Beziehungen nicht nur zu erhalten, sondern auch zu vertiefen.

Und da gehe ich dann vielleicht zum zweiten Punkt. Das war – das hat der Kollege hier gerade erwähnt – das Abkommen zwischen Greater Manchester und dem RVR. Das ist, glaube ich, wenn ich in Richtung des Ministers schaue, ein Punkt, an dem wir gemeinsam gearbeitet haben, auf den wir alle sehr stolz sind. Das ist dieses Jahr entstanden. Der Wunsch für ein Abkommen stammte von britischer Seite. Ich bin sehr stolz darauf. Das war der Oberbürgermeister von Greater Manchester, Andy Burnham. Wir haben eine Anfrage bekommen, dass Greater Manchester auch nach dem Brexit eine neue Partnerschaft gründen wollte mit Deutschland, mit NRW insbesondere, und man hat uns gebeten, einen Partner auszusuchen. Dann hatten wir einen Austausch mit der Landesregierung, und wir sind sehr froh, dass die Ruhrregion und der RVR da sehr enthusiastisch drauf eingegangen sind. Seit Anfang September haben wir jetzt das Abkommen, eine strategische Partnerschaft.

Greater Manchester, das ist eine Metropolregion von ungefähr 3 Millionen Menschen, die Stadt Manchester selbst und umliegende Regionen mit ungefähr zehn Städten. Es war eigentlich keine Überraschung, eine frohe Überraschung vielleicht, dass es so viele gemeinsame Punkte gibt, wo beide Seiten Interesse daran haben, sich miteinander auszutauschen, sei es in der Digitalisierung, sei es in der Integration, sei es in der Wirtschaftsförderung. Ich glaube, beide Regionen haben ihre eigenen Stärken, mit denen sie dann zu diesem Austausch beitragen können.

Ich würde mir natürlich wünschen, dass wir vielleicht noch andere Partnerschaften schaffen können für die Zukunft, aber ich glaube, das, was wir schon in diesem Jahr erreicht haben, ist ein sehr gutes Zeichen für die Zusammenarbeit der Ruhrmetropole und Greater Manchester.

Dann vielleicht zum Jugendaustausch, Schulaustausch, Studenten und Erasmus: All diese Bereiche bleiben sehr wichtig für uns, Schul- und Jugendaustausch. Wir sind

auch im Rahmen des 75-jährigen Jubiläumsprogramms in engem Austausch mit dem Bildungsministerium hier in NRW gewesen. Hier möchte ich darauf hinweisen: Es gibt schon eine wunderbare Organisation, vielleicht nicht so gut bekannt, wie zum Beispiel das Deutsch-Französische Jugendwerk, es ist viel kleiner. Aber wie haben die UK-German Connection, die bilaterale Institution von der britischen Regierung und der Bundesregierung, um 2005 gegründet nach einem Staatsbesuch der Königin in Deutschland. Die UK-German Connection ist für den Austausch verantwortlich, für Schulen und Jugend und macht das hervorragend. Wir haben schon in diesem Jahr Aktivitäten und werden noch Aktivitäten haben bis Ende des Jahres, wo wir genau versuchen, den Austausch zu erhalten im Bereich Jugend und Schule.

Da gibt es viel zu besprechen. Wenn ich vielleicht ein Thema erwähnen kann: Auf deutscher Seite, so habe ich das verstanden, ist mehr das Interesse, Englisch zu lernen und Schulgruppen nach Großbritannien zu schicken. Bei uns ist es eine Herausforderung, dass leider viel weniger britische Schüler heutzutage Deutsch oder auch Französisch und Spanisch lernen. Das ist sehr bedauerlich, aber es ist der Fall. Die Frage ist dann, wie wir dieses Problem überwinden können. Aus britischer Sicht würden wir gern die Schulaustausche mehr in Richtung Themen erweitern, also Klima zum Beispiel oder Integration. Es wäre aus unserer Sicht sehr wünschenswert, wenn wir mehr in diese Richtung gehen können, um die Austausche zu erhalten. Da sind wir zurzeit im Austausch mit den Bildungsministerien und auch mit unserer Kulturinstitution, The British Council, zusammen. Da sind wir zurzeit im Gespräch.

Zum Thema Studenten, Erasmus. Es war eine Entscheidung der britischen Regierung, nicht an Erasmus teilzunehmen, eigentlich aus wirtschaftlichen Gründen, das hat jemand schon erwähnt. Es hat auch leider mit Sprachkenntnis zu tun. Viel weniger britische Studenten haben Universitäten in der EU besucht als Studenten aus der EU, die nach Großbritannien gekommen sind. Das war dann eine wirtschaftliche Bewertung, dass es sich wirtschaftlich nicht mehr lohnte, angesichts dessen, was es kosten würde, an Erasmus weiterhin teilzunehmen.

Aber das heißt natürlich nicht, dass wir kein Interesse mehr am Studentenaustausch haben, ganz im Gegenteil. Der Studentenaustausch und die Studenten, die aus der EU, aus Deutschland, aus NRW nach Großbritannien gekommen sind, kommen und auch in der Zukunft kommen werden, sind eine Bereicherung für uns alle, für die Studenten, aber auch für uns. Ich kenne persönlich einige Mitarbeiter im Konsulat, deutsche Staatsbürger, die ein Master- oder anderes Studium in Großbritannien gemacht haben.

Es wurde auch erwähnt am Anfang, dass das Turing-Programm – benannt nach Alan Turing –, das das neue Programm der britischen Regierung ist, Erasmus ersetzen wird. Genaue Zahlen habe ich leider nicht dabei und will da keine falschen Angaben machen, aber ich weiß, dass das natürlich ein paar Jahre dauern wird, weil das ganz neu ist. Die Idee ist: Unter Turing können britische Studenten in alle Welt gehen, um zu studieren. Obwohl das sozusagen ein einseitiges Programm ist, indem es von der britischen Regierung gegründet und finanziert ist, sind wir sehr offen für Abkommen und für Austausche und Partnerschaften mit anderen Ländern. Und, das ist kein Geheimnis, wir sind schon im Gespräch mit den deutschen Behörden und den Univer-

sitäten über mögliche Programme, um sicherzustellen, dass auch weiterhin Studenten aus Deutschland und NRW nach Großbritannien reisen können.

Was habe ich vergessen? – Eine Frage über die jetzige Lage. Bei uns in Großbritannien gibt es die Schlagzeilen in letzter Zeit über Lieferungen, Benzin und anderes. In deutschen Medien hat man sehr oft Bilder von leeren Supermarktregalen gesehen. Ich glaube, das sind immer die gleichen von einem Geschäft. Aber trotzdem: Es gab vor einigen Wochen tatsächlich Probleme, eigentlich nicht mit der Benzinversorgung, aber mit der Lieferung von den Raffinerien zu Tankstellen. Da gibt es einen Mangel an LKW-Fahrern – das ist jetzt ganz gut bekannt –, übrigens nicht nur bei uns in Großbritannien. Diese Probleme sind etwas übertrieben, wenn ich das so diplomatisch ausdrücken darf. Ich glaube, wenn irgendjemand von Ihnen nach Großbritannien reist, werden Sie nicht sehen, dass die Supermärkte leer sind oder dass es kein Benzin mehr gibt. Aber das ist natürlich klar: Mit solchen Schlagzeilen müssen wir umgehen. Was gab es noch?

(Zuruf)

– Haltung zum Brexit, danke für die Erinnerung, eine gute Frage. Eigentlich muss ich natürlich diplomatisch antworten als Regierungsvertreter. Aber die Haltung meiner Landsleute ist mehr oder weniger gleich wie am Tag des Referendums. Es gibt natürlich ab und zu unterschiedliche Umfragewerte, aber im Großen und Ganzen bleibt – leider, wenn ich das persönlich sagen darf; aus meiner Sicht sehr bedauerlich – das Land sehr gespalten, um die 50/50. Das wird sicher eine Zeit dauern. Wir müssen unseren Weg neu erfinden und auch, wie wir damit umgehen können. Aber ich kann nicht sagen, wenn das Referendum heute zum zweiten Mal wäre, dass es gleich wäre. Aber eigentlich sind die Umfragewerte mehr oder weniger ähnlich und, wie gesagt, leider bleibt das Land sehr gespalten.

Gibt es noch Fragen, die ich nicht beantwortet habe?

Vorsitzender Dietmar Brockes: Vielen Dank, Herr Generalkonsul. Ich glaube, der Punkt zum Thema aktuelle Klimakonferenz war noch offen, wenn Sie den gerade noch ansprechen.

Rafe Courage (Britischer Generalkonsul in Düsseldorf): Ja, gerne. Sie sind wahrscheinlich besser auf dem Laufenden als ich, weil das live und aktuell ist. Das hatte ich auch kurz in meinem Vortrag erwähnt. Natürlich ist das, was in Glasgow in diesen Wochen besprochen wird, von überlebenswichtiger Bedeutung für uns alle, für die ganze Welt. Ich glaube, wie erwartet, war es sehr schwierig auf der Klimakonferenz, ob wir die nötigen Schritte machen können.

Ich bin kein Experte in dem Bereich, aber ich verstehe, dass das vielleicht positiver als erwartet ausgegangen ist und dass auch in den letzten Tagen, wie ich auch gestern von den USA und von China gesehen habe, mehr positive Signale gegeben worden sind in die richtige Richtung. Wir aus Großbritannien nehmen diese Verantwortung sehr ernst und haben unser Bestes getan, um das weiterzuführen. Ich habe nicht den

Eindruck, dass COP26 vielleicht wie Paris 2015 sein wird, aber trotzdem ein positiver Schritt in die richtige Richtung, um diese Frage zu beantworten.

Vorsitzender Dietmar Brockes: Herzlichen Dank, Herr Courage. Ich darf die Kolleginnen und Kollegen fragen, ob es noch weitere Wortmeldungen gibt. – Herr Kollege Remmel, bitte, und dann Herr Kollege Dr. Bergmann.

Johannes Remmel (GRÜNE): Schönen Dank. Gerade Ihre letzte Bemerkung hat noch mal eine Frage bei mir provoziert: Eine der wesentlichen Rahmenbedingungen, glaube ich, zukünftig für internationalen Klimaschutz besteht darin, dass wir vergleichbare Emissionshandelssysteme haben oder diese Emissionshandelssysteme miteinander verknüpfen. Das ist gerade für unsere beiden Länder mit einer industriellen Grundstruktur und auch mit einer Struktur, die auf Handel und Export setzt, von entscheidender Bedeutung, ohne jetzt zukünftig Zollschranken wieder aufbauen zu müssen. Das Zollthema ist auch im Zusammenhang mit Brexit eines, was Sie bewegt.

Meine Frage geht in die Richtung: Sehen Sie Chancen, im Rahmen des Commonwealth die Frage zumindest in einer Zwischenstufe anzusprechen, Emissionshandelssysteme zu verknüpfen, insbesondere in Richtung Kanada, Richtung Australien? Kann man sich da eine europäisch-britische Initiative vorstellen oder wünschen, oder gibt es vielleicht schon Ansätze?

Vorsitzender Dietmar Brockes: Danke. – Herr Kollege Dr. Bergmann, bitte.

Dr. Günther Bergmann (CDU): Schönen Dank. Ich komme aus dem Wahlkreis wo Anna von Kleve herkam, die einzige Frau, die Henry überleben hat lassen – wunderbar, um nur die engen und langen Beziehungen noch mal deutlich zu machen, die wir zwischen unserem Land und England hatten. 20 % der jüdischen Gemeinden meiner Heimatstadt haben sich zwischen 1933 und 1939 nach England gerettet. Churchill und Montgomery sind in meinem Kreis Kleve in den Reichswald das erste Mal auf deutsches Reichsgebiet gekommen. Der größte Cemetery ist bei mir im Reichswald mit fast 8.000 Toten beziehungsweise Grabstätten. Ich habe so den Eindruck, als hätten wir eine Basis abgeschnitten.

Ich sage das mal anders. Ich komme mir vor, wie so pubertierende Teenager, die sich geliebt haben, aber nach einem halben Jahr sagen, wir bleiben aber nach unserer Trennung trotzdem Freunde. Und es ist immer einer von den Teenagern, der gesagt hat, ich habe dich jetzt nicht mehr lieb. Das waren die Briten. Und jetzt stehen wir da an einer Stelle und werden uns dieses Prozesses bewusst und fangen an, künstlich irgendwelche vorhandenen normalen Beziehungen wieder irgendwie zu flicken, aber wissen, wenn man sich irgendwann getrennt hat, ist es nicht mehr so wie vorher. Und ich befürchte, dass wir heute viele Auswirkungen überhaupt noch gar nicht beurteilen können.

Wenn Kleve mit Worcester eine Städtepartnerschaft hatte – und nicht nur wegen der Sauce, dann ist da heute schon ein Bruch. Wenn ich bei uns am NATO-Stand dort

gucke, dass die europäischen NATO-Soldaten jetzt zu den englischen NATO-Soldaten sagen „ja, da seid ihr ja nicht mehr mit dabei,“ dann hat das ganz andere Auswirkungen, als wir die heute überhaupt in irgendeiner Form als Folge für diesen Bruch der Freundschaft, der von Großbritannien ausgegangen ist, schon einschätzen können. Mein Unverständnis für den Brexit merken Sie. Der tut mir auch persönlich sehr leid. Ich war jahrelang in England auf Schulen. Ich kann das alles gar nicht nachvollziehen, dass das so passiert ist.

Die Frage ist an Sie: Was glauben Sie, wie hoch der Anteil der Jüngeren in England ist, die sich erst jetzt bewusst werden, dass sie zu spät drüber nachgedacht haben, an dieser Befragung teilzunehmen? Die englischen alten Leute, die „Rule, Britannia!“-Denkenden, haben einen anderen Angang an diese Frage gehabt, auch aus Reminiszenzgründen. Wie hoch, glauben Sie, ist das bei den jungen Leuten, dass die sagen, da haben wir einen Fehler gemacht? Und welche Auswirkung hat das langfristig auf die Beziehung zwischen Deutschland und England?

Vorsitzender Dietmar Brockes: Vielen Dank. – Als Nächstes Herr Kollege Watermeier, bitte.

Sebastian Watermeier (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Herr Generalkonsul, nach dem Vortrag von Dr. Bergmann über enttäuschte Liebe, den ich sehr nachvollziehen kann und der sehr ans Herz geht, habe ich eine etwas sachlichere Frage.

Sie hatten das Turing-Programm angesprochen. Wir reden nachher noch mal über ein Stipendienwerk beziehungsweise Stipendienprogramm. Jetzt haben Sie vorhin gesagt, im Zuge des Turing-Programms führe die britische Regierung auch schon Gespräche mit Regierungen befreundeter Länder, mit Universitäten, um zukünftig gegenseitigen Austausch weiter zu gewährleisten.

Bei uns in der Sachverständigenanhörung zum Thema Stipendienprogramm war das Thema Studiengebühren ein sehr großes Thema, also Overseas Fees, und ein weiteres großes Thema die Frage, ob Studierende, die im Rahmen eines Austauschprogramms nach Großbritannien kommen, dort auch weiterhin beispielsweise einen Nebenjob annehmen können oder anderweitig ihre Kasse ein bisschen aufbessern können neben dem Studium, aber auch, ob es weiterhin Austauschprogramme geben wird für Auszubildende, also Menschen, die sich in einer nichtuniversitären Berufsausbildung befinden, oder für Praktikanten. Durch die europäischen Programme war das ja bisher alles möglich, nicht immer unkompliziert, aber möglich. Wie sehen Sie da die Zukunft, und sehen Sie Perspektiven, dass über das Turing-Programm beziehungsweise die Verhandlungen diese hauptsächlich finanziellen Fragen, aber auch die rechtlichen Fragen im Bereich Arbeitserlaubnis etc. geklärt werden können?

Vorsitzender Dietmar Brockes: Vielen Dank. – Herr Courage, dann würde ich Ihnen gerne abschließend zur Beantwortung der Fragen das Wort geben, bitte.

Rafe Courage (Britischer Generalkonsul in Düsseldorf): Danke. Zur ersten Frage, Commonwealth, im Bereich Trading Emissions. Das Commonwealth ist natürlich weiter wichtig für uns als Großbritannien, als Teil nicht nur der Geschichte, sondern auch der Gegenwart. Da sind durch die koloniale Geschichte, also die politische und andere, Verbindungen sehr stark. Natürlich ist die Rolle des Königshauses sehr wichtig, im wirtschaftlichen Bereich nicht so sehr. Ich würde nicht groß betonen, dass es wichtig ist, eher, dass wir mit Partnern zusammenarbeiten, die sich einig sind, zum Beispiel, dass wir jetzt nach dem Brexit Freihandelsabkommen mit anderen Partnern verhandeln.

Es ist tatsächlich der Fall, dass wir mit Australien und Neuseeland begonnen haben. Da sieht man schon: Diese Verbindung bleibt stark. Aber ich würde nicht unbedingt sagen, dass es dort mit dem Commonwealth eine Lösung gibt. Trotzdem bleibt es wichtig für uns.

Die zweite Frage war über die Jugend, aus Kleve, herzlichen Dank für die Frage. Ich war schon mal 2017 im Reichswald auf dem Gedenktag im November. Für die Jugendlichen: Ich kann es nicht beurteilen, wie die jungen Leute sind. Ich bin Vater von vier Töchtern, jetzt Erwachsene, und ich weiß, wie sie zu diesem Thema stehen. Es war vielleicht eine Überraschung für viele, aber ich glaube, die Hauptsache, und das gilt auch für das Thema Erasmus, ist: Ich glaube, die meisten jungen Briten wollen auch ihre Verbindungen zu Europa erhalten. Natürlich haben sie die Gelegenheit, das zu tun, zu unterstützen, auch, wie gesagt, durch neue Programme wie das Turing-Programm. Da glaube ich, dass das sehr wichtig ist.

Für die Zukunft, um Ihre Frage zu beantworten: Das ist immer noch in Bearbeitung. Es ist vielleicht zu früh, das zu sagen. Aber da gibt es sicher ein gemeinsames Interesse, und natürlich – ich habe das schon erwähnt – ist und bleibt die Anwesenheit von Studenten aus aller Welt, auch aus der EU sehr wichtig. Ich glaube, dass wir dazu offen sein werden, Lösungen zu finden. Aber Genaueres kann ich heute leider nicht sagen. – Danke.

Vorsitzender Dietmar Brockes: Vielen Dank, Herr Generalkonsul, dass Sie uns heute hier zur Verfügung standen. Ich glaube, um das Bild vom Kollegen Dr. Bergmann aufzunehmen: Man konnte spüren, dass die Liebe doch weiterhin noch lodert und auf beiden Seiten das Interesse da ist, dass man sich nicht aus den Augen verliert, sondern schaut, wie man auch den weiteren Weg noch möglichst gemeinsam gehen kann.

Deshalb ganz herzlichen Dank, dass Sie uns heute hier zur Verfügung gestanden haben. Ich glaube, es war ein guter und wichtiger Dialog. Wir haben den Blick nach vorne geworfen, und ich bin mir ganz sicher, dass wir diesen guten und erfolgreichen Weg trotz schwieriger Rahmenbedingungen auch in Zukunft weiter fortsetzen werden. Deshalb ganz herzlichen Dank und Ihnen persönlich auch alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

2 Die Arbeit des Büros des Landes Nordrhein-Westfalen für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur in Israel

Gast: Dr. Gil Yaron (per Video), Leiter des NRW-Büros in Israel

Vorsitzender Dietmar Brockes: Meine Damen und Herren, die Landesregierung hatte mich gebeten, diesen Tagesordnungspunkt aufzunehmen, um uns die Arbeit des Büros in Tel Aviv vorstellen zu können. Es freut mich daher auch, dass wir heute hier als Gast, per Video zugeschaltet, den Leiter des Büros, Herrn Dr. Gil Yaron, begrüßen zu können. Ich hoffe die Technik funktioniert. – Ja, ich sehe, Herr Yaron ist zugeschaltet.

Wir freuen uns, dass Sie heute hier an unserer Sitzung teilnehmen. Bevor ich Ihnen das Wort geben darf, lieber Herr Dr. Yaron, gebe ich das Wort an Herrn Minister Dr. Holthoff-Pförtner zur Einführung, bitte.

Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBE1): Recht herzlichen Dank. Herr Vorsitzender! Guten Morgen, bei Ihnen ja schon guten Mittag, Herr Yaron! Das Büro wurde am 1. März 2020 eröffnet, und das Land ist zu Recht sehr stolz auf dieses Büro in Israel. Die stärkere Herausforderung war allerdings, dass wenige Tage nach der Eröffnung dieses Büros der wohl längste Lockdown eines westlichen Staates in Israel begann. Die Arbeit war dadurch deutlich erschwert.

Ich kann mich erinnern, dass ich auf dem Rückflug von Tel Aviv in einem Flieger die ersten Masken gesehen habe und dachte, mein Gott, was sind die Leute bescheuert. Aber es ist ja dann doch eine satte Mehrheit mit den Masken geworden und hat sich seit diesem Tag massiv verändert.

Das Büro trägt durch aktuelle Einschätzung der Lage zu Berichten über den Nahen Osten, zu Israel vor allen Dingen durch die Arbeit von Herrn Yaron ungeheuer zu Einschätzungen und Kenntnis der Landesregierung bei. Trotz aller Widrigkeiten und Umstände hat das Büro sehr objektive und sehr gute Projekte angebahnt, angeregt, umgesetzt und gearbeitet seit der Gründung.

Wenn ich vielleicht zwei Sätze noch zu Herrn Dr. Yaron sagen darf. Er ist in Israel als Sohn deutschstämmiger Einwanderer geboren. Er wuchs in Düsseldorf auf, hat auch hier Abitur gemacht, hat in den Vereinigten Staaten Medizin studiert mit dem Schwerpunkt Molekularbiologie. Einigen oder vielen von Ihnen ist er vielleicht auch als sehr erfahrener Nahost-Korrespondent für zahlreiche Radiostationen und die Zeitung „Die Welt“ bekannt geworden. Wir sind ausgesprochen glücklich, ihn für diese Arbeit gefunden zu haben.

Vorsitzender Dietmar Brockes: Vielen Dank, Herr Minister. – Dann darf ich Ihnen, Herr Dr. Yaron, das Wort geben und Sie nochmals herzlich begrüßen. Wir freuen uns über die Vorstellung Ihrer Arbeit, bitte.

Dr. Gil Yaron (Büro des Landes NRW in Israel [per Video zugeschaltet]): Vielen Dank und herzliche Grüße nach Düsseldorf auch vom Büro des Landes Nordrhein-Westfalen

in Tel Aviv. Ich habe, wie Sie sehen, eine kleine PowerPoint-Präsentation vorbereitet, die ich Ihnen gerne zeigen möchte. Ich werde deswegen kurz meinen Bildschirm teilen. – Können Sie meine Präsentation jetzt sehen?

Vorsitzender Dietmar Brockes: Ja.

Dr. Gil Yaron (Büro des Landes NRW in Israel [per Video zugeschaltet]): Wunderbar.

(Dr. Yaron zeigt eine PowerPoint-Präsentation.)

Gegründet wurde das Büro am 1. März 2020 im Beisein des Ministerpräsidenten, des stellvertretenden Ministerpräsidenten und des Ministers hier in Tel Aviv eröffnet. Natürlich stellt sich gleich zu Anfang die Frage: Warum? Wozu braucht Nordrhein-Westfalen überhaupt so ein Büro und, wenn es so ein Büro schon braucht, warum ausgerechnet in Israel?

Ich glaube, der Eintrag im Gästebuch gibt einen ersten Aufschluss darüber, wozu dieses Büro dienen soll. Da ist vor allem die Rede von der tiefen Verbundenheit und der besonderen Verantwortung des Landes Nordrhein-Westfalen gegenüber Israel, aber auch ist die Rede vom weiteren Ausbau der bilateralen Beziehung, weswegen dieses Büro hier eröffnet wird. So ist natürlich die dunkle Vergangenheit schon immer ein wichtiger Teil dieser Beziehung gewesen und bildet in vielen Hinsichten das Fundament für diese besondere Beziehung zwischen Nordrhein-Westfalen und Israel.

Nordrhein-Westfalen, das würde ich gerne noch mal in Erinnerung rufen, war immer an der Speerspitze der Bundesländer, die die Annäherung und den Kontakt suchten. Die erste offizielle Delegation aus Deutschland, die jemals Israel erreichte, noch in den 50er Jahren wurde geführt von Willi Daube vom Sportverband, der offiziell eingeladen war, nach Israel einreisen durfte. Alle Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens haben immer die Beziehung zu Israel sehr stark gefördert, auch aufgrund dieser besonderen Verantwortung.

Aber um den zweiten Teil dessen zu verstehen, was in dem Gästebuch stand, müssen wir erst mal noch ein bisschen weiter in die Vergangenheit schauen. Es gibt diese Geschichte vom Auszug aus Ägypten, die Ihnen allen noch aus der Bibel bekannt ist, und da stellt sich Autoren seit Jahrtausenden im Prinzip die Frage: Eigentlich dauert der Fußweg von Ägypten ins Heilige Land so etwas wie zwei Wochen, maximal, auch wenn man mit vielen Leuten unterwegs ist. Aber wenn Sie die Bibel ein bisschen kennen, dann wissen Sie, dass die davon erzählt, dass die Israeliten damals 40 Jahre lang unterwegs waren. Die Frage ist: Warum brauchten sie 40 Jahre, um von Ägypten ins Heilige Land zu kommen?

Da gibt es verschiedene Antworten in den letzten Jahrhunderten. Eine Antwort gab hier der „New Yorker“, als er sagte, nachdem sie 39 Jahre und elf Monate lang stur durch die Wüste gewandert waren, beschloss Moses Ehefrau, endlich nach der Wegbeschreibung zum Heiligen Land zu fragen. Das ist eine Erklärung. Ephraim Kishon lieferte eine andere Erklärung. Er sagte damals, die Juden seien so lang unterwegs gewesen, weil sie den einzigen Flecken Boden suchten im Nahen Osten, wo es kein Öl gebe.

Tatsächlich: Israel ist ein extrem ressourcenarmes Land. 60 % des Landes sind Wüste. Bis vor wenigen Jahren gab es hier im Prinzip überhaupt keine Bodenschätze. So waren die Israelis sehr lange darauf angewiesen, andere Wege zu finden, um reich zu werden. Vielen ist bekannt, dass Israel in den Anfangsjahren ein Agrarstaat war hauptsächlich, der die Jaffa-Orangen und Pampelmusen exportierte, geschliffene Diamanten waren ein ganz wichtiges Exportgut aus Israel. Aber das hat sich von Grund auf geändert.

Israel ist heute bekannt als die Start-up-Nation. Es gibt hier mehr als 9.000 Start-ups und Hightech-Firmen. Die Gesamtexporte dieses Landes lagen 2017 bei 102 Milliarden Dollar. Ich möchte hier noch mal in Erinnerung rufen: Israel ist in etwa ein Zehntel so groß wie Deutschland, hat in etwa halb so viele Einwohner wie Nordrhein-Westfalen. 45 % der Exporte hier liegen im Hightech-Bereich. Die Wachstumsraten liegen bei etwa 15 % im Jahr. Israel ist also eine kleine Nation, hat die meisten Firmen am NASDAQ, also am Hochtechnologieindex an der Börse in New York, nach den USA und China, und ist Platz 5 weltweit in Patenten pro Kopf im Zeitraum 2000 bis 2018. In einem Marktsegment kann man das ganz deutlich sehen. So macht dieses kleine Land Israel nur 0,1 % der Weltbevölkerung aus, kontrolliert aber etwa 10 % des Weltmarktes in Cybersecurity, also ein völlig unproportionaler Beitrag zur Welt des Hightech und der Innovation.

Israelis gelten aber nicht nur in Cybertech als weltführend, sondern in vielen anderen Bereichen, wenn es um Agritech geht, um Fahrzeugtechnik, Cybersecurity habe ich schon erwähnt, um Digital Health, Fintech, Internet of Things, Industry 4.0 und Wassertechnologien. In all diesen gelten israelische Firmen als weltführend, und jeder, der sich in diesen Bereichen im Prinzip weiterentwickeln möchte, sucht den Kontakt nach Israel. Was die letzten 15, 20 Jahre die israelischen Außenbeziehungen sehr stark kennzeichnet, ist, dass verstärkt immer mehr internationale Akteure sich hier in Tel Aviv die Klinke in die Hand geben und den Anschluss suchen an das, was manche schon als Wirtschaftswunder bezeichnen, was hier in Israel geschieht mit allem, was mit Hightech zu tun hat.

So sprechen viele Beobachter von Israel und NRW als ein „Match made in Heaven“, eine Partnerschaft, die wie füreinander gebaut ist, und sagen ihr eine strahlende Zukunft voraus, wenn sie denn nur richtig behandelt werde. Denn das Land Israel ist ein idealer Innovationspartner für die mehr als 700.000 KMUs in Nordrhein-Westfalen. Das ist einer der wichtigsten Punkte unserer Arbeit. Wir versuchen hier, sozusagen die Innovation, die in Israel wirklich Standard ist, nach Nordrhein-Westfalen dem Mittelstand immer mehr zugänglich zu machen, damit der Fortschritt dort auch in Nordrhein-Westfalen dem Mittelstand zugutekommt.

Vor diesem Hintergrund haben wir trotz Corona schon einige Aktivitäten entfalten können. Wir haben zum Beispiel zum Thema Biokonvergenz nordrhein-westfälische Universitäten mit israelischen Start-ups zusammengebracht. Wir haben für nordrhein-westfälischen Mittelständler und Konzerne ein Seminar organisiert – ein Webinar, bislang waren Besuche eigentlich noch gar nicht möglich –, um ihnen zu zeigen, wie sie ihre Unternehmen besser vor Cyberattacken schützen können. Die Israelis ihrerseits sind sehr an der Energiewende und Energieeffizienz interessiert und die Struktur-

entwicklungen und Energiepolitik in Nordrhein-Westfalen. Vor allem Umweltverbände hier in Israel schauen mit Neid darauf, wie weit Deutschland in dieser Hinsicht ist. Das ist manchmal recht absurd, wenn man sieht, wie viel Sonne es hier in Tel Aviv gibt und wie wenig Solarstrom im Vergleich zu Deutschland. Da gibt es also auch in die andere Richtung sehr viel zu lernen. Es geht nicht nur in eine Richtung.

Wie Sie schon aus unserem Namen sehen, der ist zwar sehr sperrig, wir sind das Büro des Landes Nordrhein-Westfalen für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur. Das ist ein sehr langer Name und eigentlich nicht sehr catchy, nicht etwas, was man sich leicht merken kann. Aber eigentlich ist er noch viel zu kurz, weil er nämlich nicht alle Aktivitäten des Büros beinhaltet. So sind wir auch im Bereich Gesundheit und Umwelt beispielsweise unterwegs und auch in vielen anderen Bereichen. Bei allem, was im Prinzip im Bereich der Länderkompetenz ist, versuchen wir, hilfreich zu sein.

Im Bereich Gesundheit beispielsweise konnten wir einen Lehrgang herbeiführen zwischen der Israel Trauma Coalition, das ist ein Dachverband von 40 israelischen NGOs, die sich um die seelische Gesundheit der Helfer kümmern – das heißt um Krankenhauspersonal, um Retter, um Ersthelfer. Wir haben in den letzten 70 Jahren nach Israels Staatsgründung natürlich enorm viel Erfahrung gesammelt, wenn es darum geht, mit Dauerstress oder mit plötzlichem Stress umzugehen. Die haben ein gemeinsames Seminar gemacht mit dem Institut für Stressmedizin Rhein-Ruhr und ihre Methoden dargestellt. Das ISM nutzt das jetzt, um Krankenhauspersonal in Nordrhein-Westfalen im Prinzip in der ganzen Bundesrepublik weiter fortzubilden und Ideen von den Israelis umzusetzen, damit Krankenhauspersonal resilienter wird unter Dauerstress und plötzlichem Stress, also akutem Stress.

Wir haben Austausch von Experten herbeigeführt, beispielsweise in diesem interdisziplinären Panel, als es darum ging: Wie geht Israel im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen mit der Pandemie um? Ich glaube, für beide Seiten war dieser Austausch sehr interessant.

Einer der wichtigsten Bereiche, in dem wir tätig sind, das ist die Jugend. Es ist, glaube ich, eine der wichtigsten Sachen, die ich persönlich gelernt habe, seit ich diesen neuen Job übernommen habe. Ich muss ehrlich gestehen, als Nahostkorrespondent war ich oft sehr skeptisch, wenn es um Jugendaustausch ging. Ich habe nicht wirklich verstanden, wie das langfristig zu Beziehungen zwischen Ländern beiträgt. Seit ich diesen Job hier übernommen habe als Leiter des Büros in Tel Aviv, treffe ich viele Menschen aus Nordrhein-Westfalen und Israel, die sehr engagiert sind in diesen Beziehungen. Wir fangen ja ganz und gar nicht bei null an, denn es gibt schon seit vielen Jahrzehnten sehr intensive Beziehungen zwischen beiden Ländern.

Wenn ich diese Menschen frage: „Was bewegt euch dazu, mit Israel Kontakt aufzunehmen? Warum verwendet ihr eure Freizeit, eure Ressourcen darauf, die Beziehung mit Israel zu pflegen oder die Beziehung zu Nordrhein-Westfalen zu pflegen?“, dann bekomme ich fast immer dieselbe Antwort. Das sind Menschen, die sagen: Ich war als Kind bei einem Jugendaustausch in Deutschland oder in Nordrhein-Westfalen oder in Israel, oder wir hatten Schüler aus Israel da, und das hat mich so beeinflusst, dass ich bis heute an diesen Beziehungen arbeite. So ist die Jugendarbeit eine unserer wichtigsten Arbeiten.

Im schulischen Bereich ist es schon sehr geregelt. Da können wir nicht viel machen, oder nicht besonders viel beitragen. Was wir versuchen, ist, im außerschulischen Bereich mehr tätig zu werden. Hier sehen Sie zum Beispiel israelische Fußballerinnen, die wir zum letzten Spiel zwischen der Nationalmannschaft der Bundesrepublik und der Nationalmannschaft in Israel eingeladen haben.

Wir haben trotz Pandemie auch Jugendliche zusammengebracht, um gemeinsam Musik zu machen. Dieses Musikvideo von israelischen und nordrhein-westfälischen Musikern vom LandesJugendJazzOrchester und dem Thelma Yellin College hier in Tel Aviv. Das können Sie auch heute noch auf YouTube sehen, es ist eine Verjazzung der Egmont Ouvertüre von Beethoven.

Ein anderes Programm, dessen Erfolg mich auch enorm überrascht, ist eine Ausstellung der RWTH zum Thema Holocaust. Da kam eine Anfrage der RWTH. Diese Ausstellung wandert nach Amerika, und die haben gefragt, ob nicht auch die Israelis Interesse haben an dieser Ausstellung, an der Schüler mehr über das Schicksal einzelner Opfer der Shoah lernen, vor allem aus Aachen. Ich habe mir gedacht, „in Israel wird ja die Shoah sehr viel unterrichtet, was haben die Interesse an einer deutschen Ausstellung?“ Aber ich habe dennoch angefragt, und sage und schreibe 25 Schulen haben sich angemeldet. Diese Woche sind die zwei Lehrer aus Aachen hier eingetroffen und werden durch 25 israelische Schulen gehen und dort Lehrern diese Ausstellung zeigen und ihnen zeigen, wie man in Nordrhein-Westfalen den Holocaust lehrt, und in den Austausch mit israelischen Schülern und Lehrern treten. Die sollen später auch Kontakt haben zu nordrhein-westfälischen Schulen.

Wir sind auch in anderen Bereichen unterwegs, beispielsweise Architektur. Hier wird am 9. Dezember in Tel Aviv der 6. Internationale Kongress zum Thema Denkmalschutz in Katastrophengebieten abgehalten. Wir haben es geschafft, dass ein Experte vom LVR jetzt erstmals eingeladen wird. Nordrhein-Westfalen ist ganz prominent auf diesem Kongress in Tel Aviv vertreten. Es werden da erste Kontakte geknüpft zwischen Denkmalschützern aus Nordrhein-Westfalen und Israel, um in diesen Themen zusammenzuarbeiten, voneinander und miteinander zu lernen.

Ein anderer Kongress, bei dem Nordrhein-Westfalen und Israel sehr viel gemein haben, findet zur Architektur zum Feld Brutalismus statt. Das ist diese Nachkriegsarchitektur des Sichtbetons. Davon haben wir in Nordrhein-Westfalen ziemlich viel, aber auch in Israel. Da planen wir einen ersten binationalen Kongress zwischen dem Baukunstarchiv NRW und mehreren Akteuren in Israel, auch die Architektenkammer Nordrhein-Westfalen ist vertreten. Das wird Anfang Januar stattfinden unter der Teilnahme von, wie wir hoffen, hunderten Teilnehmern auf einer virtuellen Plattform, wo man sich austauscht: Was macht man mit diesem Bauerbe? Wie geht man damit um? Wie kann man es nachhaltig sanieren? Was muss man abreißen, was muss man erhalten? Das geht also von theoretischen Fragen bis hin zu ganz praktischen Fragen, wie gehe ich mit dem Beton um?

Das ist neben der Chance für Architekten und Forscher natürlich auch eine Chance für Mittelständler und nordrhein-westfälische Unternehmen, ihre Technologien und Produkte in Israel zur Schau zu führen.

In der Kultur sind wir extrem viel unterwegs. Es ist uns gelungen, auch erstmals eine Teilnahme von nordrhein-westfälischen Künstlern an der Tel Aviv Illustration Week herbeizuführen. Das ist ein nationales Festival von großer Bedeutung hier im Inland, und es ist das erste Mal, dass wir eine Beteiligung haben aus Deutschland oder ganz spezifisch auch aus Nordrhein-Westfalen. Wir konnten schon letztes Jahr die Ausstellung hier eröffnen. Zwischen zwei Lockdowns haben wir genau eine Woche erwischt, in der man diese Ausstellung durchführen konnte.

Kommenden Samstag, also nicht morgen, sondern in einer Woche, wird es zum zweiten Mal eröffnet von Illustratoren aus Nordrhein-Westfalen, die Kinderbücher herstellen. Es werden auch zahlreiche israelische Kindergruppen in diese Ausstellung geführt werden und werden dort sozusagen ihre erste Begegnung mit Nordrhein-Westfalen haben, mit nordrhein-westfälischen Künstlern. Diese Künstler werden in israelische Kunstschulen gehen und hier mit israelischen Studierenden zusammen Master Classes abhalten, in der Hoffnung, dass es bald dazu kommt, dass Israelis nach Nordrhein-Westfalen kommen. Hier sehen Sie Bilder von der Eröffnung der Ausstellung des vergangenen Jahres.

Wir haben auch einen Austausch zwischen Choreografen und Tänzern, eine israelische Gruppe war jetzt in Nordrhein-Westfalen. Da gab es eine fulminante Zusammenarbeit. Das ist im Rahmen der Veranstaltung „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“. Da werden neue Choreografien, neue Tänze gemeinsam erarbeitet. Es wird auch in anderen Aspekten zusammengearbeitet. Die Israelis waren jetzt mehrere Tage in Nordrhein-Westfalen, und jetzt kommt der Gegenbesuch, der kommende Woche hier in Israel eintreffen soll. Die werden dann mehrere Tage hier in Israel verbringen und gemeinsam eine Ausstellung erarbeiten, die dann in Nordrhein-Westfalen gezeigt wird.

Ein anderes Projekt ist die Kulturbrücke. Da geht es auch wieder um modernen Tanz. Das sind Bilder von der Aufführung, die in Köln stattgefunden hat vergangenen Monat. Ein weiteres Projekt ist eine Ausstellung hier in Tel Aviv über Aenne Biermann, einer ganz wichtigen Fotografin, im Prinzip einer Mitbegründerin der modernen Fotografie in Deutschland, die 1933 kurz vor der Machtergreifung der Nazis verstarb. Ein großer Teil ihres Erbes ist verschollen, aber ein kleiner Teil konnte gerettet werden. Sie stammte ursprünglich aus Goch, und ihre Fotos wurden jetzt im Tel Aviv Museum of Modern Art sehr prominent dargestellt mit Hilfe unseres Büros. So kommt es immer mehr dazu, dass das Land Nordrhein-Westfalen in Israel bekannt wird.

Wie ich sagte: Umwelt ist für uns auch ein sehr wichtiges Thema. Da wird im Dezember ein erstes Projekt stattfinden. Es gibt einen Fluss namens Zippori in Israel. Der soll renaturiert werden. Generell ist der Zustand der Flüsse hier in Israel recht mitleiderregend, muss man sagen. Aber die Israelis begreifen immer mehr die Bedeutung davon als natürliche Habitate und als Naherholungsgebiete und als wichtige ökologische Nischen. Deswegen wollen sie diesen Fluss Zippori jetzt renaturieren, was eine hervorragende Möglichkeit ist, Nordrhein-Westfalen als starkes Land in diesem Bereich darzustellen.

Die Emschergenossenschaft wird das beratend mitbegleiten, und wir haben dazu beigetragen, dass ein Forschungsprojekt anläuft zwischen der UDE und der Universität

in Tel Aviv. Denn das ist auch für uns in Nordrhein-Westfalen extrem interessant, sagen die Forscher aus der Universität Duisburg-Essen. Sie sagen, wie die Israelis mit der Renaturierung dieses Flusses umgehen, das ist ganz anders, als wie man das in der EU macht. Denn die Israelis haben eine viel weitere Sicht, wenn es um die Auen geht, wenn es um Überschwemmungen geht, ein sehr aktuelles Thema für uns in Nordrhein-Westfalen. Da können wir viel von den Israelis lernen und die Israelis viel von uns. Deswegen wollen wir das gemeinsam erforschen zur Erarbeitung neuer EU-Richtlinien, wenn es um die Instandhaltung von Fließgewässern geht.

Also hier auch ein Forschungsprogramm, das sehr gut darstellt: Diese Arbeit soll wirklich immer in beide Richtungen gehen. Wir sind kein Büro, das Entwicklungsarbeit macht, sondern wir sind ein Büro, das wirklich diese bilateralen Beziehungen zum Nutzen beider Länder versucht auszudehnen und zu vertiefen.

Eine andere Kooperation, die jetzt langsam beginnt, gibt es zwischen der Technischen Universität Dortmund und einer trinationalen Organisation EcoPeace, das sind Umweltschützer aus Jordanien, den palästinensischen Gebieten und Israel, die zusammenarbeiten, paritätisch. Die Technische Universität Dortmund hat ein großes Interesse an Nahoststudien und wird über den Aspekt Umwelt versuchen, den Nahen Osten anders zu verstehen. Das ist etwas, wo EcoPeace enorm viel Wissen hat, und wir versuchen, hier den Austausch von Studierenden und Forschern zu fördern.

Ein letzter Punkt noch: Was man so entdecken kann, wenn man als Vertreter Nordrhein-Westfalens in Israel ist, ist dieses Kloster Bet Dschemal. Das liegt genau zwischen Tel Aviv und Jerusalem. Hier wohnte eine lange Zeit ein Künstler aus Köln namens Emil Ritz, der hier in Palästina und später in Israel Zuflucht suchte vor den Nazis. Er wollte eigentlich Mönch werden. Das ist ihm nicht gelungen, aber er war dann als Künstler in Israel tätig und hat hier die größten Wandgemälde im Heiligen Land geschaffen, und das just im Stil des deutschen Expressionismus. Er hat im Stil des deutschen Expressionismus gemalt in einer Zeit, in der das in Deutschland von den Nazis als „entartete Kunst“ verboten war. So ist das ein faszinierendes nordrhein-westfälisch-israelisches gemeinsames Kulturerbe. Wir versuchen, rund um dieses Kulturerbe gemeinsame Kooperationen herbeizuführen.

Ich habe dazu einen kleinen Film angefertigt, und ich würde jetzt kurz bitten, weil das technisch von hier aus nicht klappt, dass Ihnen dieser 2-Minuten-Film gezeigt wird.

(Ein kurzer Film wird gezeigt.)

Diese Hoffnung, die ich da vor wenigen Monaten aussprach, die wird hoffentlich nächste Woche wahr. Sie sehen, ich sage sehr viel über die nächste Woche, denn Israel öffnete erst am 1. November seine Tore, und jetzt haben wir eine Flut von Besuchern, nachdem wir anderthalb Jahre im Prinzip niemanden hier haben konnten. Professor Adrian Heritage kommt kommende Woche, so hoffen wir, mit 15 Studierenden her und wird Kontakt aufnehmen mit Professoren und Studierenden aus anderen israelischen Universitäten, um in seinem Fachbereich weitere Kontakte zu knüpfen. Wir haben schon für nächste Woche Freitag sehr spontan, und ich hoffe, auch sehr erfolgreich ein erstes Symposium organisiert in der Kirche von Bet Dschemal, wo

Experten aus ganz Israel herkommen werden, um Herrn Professor Heritage kennenzulernen und seine Ausführungen zu hören und miteinander in Kontakt zu treten.

Ich komme zum Schluss: Sie sehen, wir sind in sehr vielen Bereichen unterwegs. Den roten Faden, der uns dabei leitet, kann man in zwei Dingen zusammenfassen. Das erste ist, wie ich schon sagte: Es geht nicht um Entwicklungsarbeit. Was wir machen, das muss den Einwohnern Nordrhein-Westfalens zum Wohle dienen und den Menschen Israels zum Wohle dienen. Das ist unsere Aufgabe. Und es muss immer in beide Richtungen gehen. Wir machen keine Vollfinanzierung von Projekten, sondern wir suchen immer israelische Partner, die bereit sind, die Sachen mitzutragen. Israel ist inzwischen eine sehr reiche Nation. Sie braucht nicht unsere Hilfe, sondern sie braucht unsere Freundschaft und unsere Partnerschaft.

Der zweite Punkt ist: Wir sind nicht das einzige Bundesland, das hier unterwegs ist. Die Bayern eröffneten schon vor uns eine Landesvertretung. Andere Bundesländer zogen nach. Der Grund ist: Man möchte Israelis in sein Land holen als Investoren, als Reisende, als Hightechfirmen, die ihre Dependancen in ihrem Bundesland aufmachen. Wir haben es da insofern etwas schwerer, denn im Augenblick ist für Israelis, wenn man mit ihnen über Deutschland spricht und fragt, was ist denn Deutschland?, dann fassen sie das sehr einfach zusammen: Das ist Bayern, und das ist Berlin.

Mehr als das ist hier nicht bekannt, außer einem einzigen Ort. Das ist der Schwarzwald, überraschenderweise, und der ist für uns in vielerlei Hinsicht ein Leitmotiv, denn der Schwarzwald führte vor etwa zehn Jahren eine sehr intensive Kampagne durch, um den Schwarzwald als Reiseziel zu bewerben. Was viele Leute nicht wussten, ist, vor der Coronapandemie waren Israelis das zweithäufigste Ursprungsland für Übernachtungen von Touristen im Schwarzwald.

So gibt es auch enormes touristisches Potenzial aus Israel. Die Israelis reisen sehr gerne. Sie reisen gerne nach Deutschland. Aber, wie gesagt, bisher kennen Sie den Schwarzwald, Neuschwanstein und Berlin. Es ist an der Zeit, dass, nachdem sie gelernt haben, was BMW ist, sie auch endlich lernen, was NRW ist.

Vorsitzender Dietmar Brockes: Ganz herzlichen Dank, Herr Dr. Yaron, für Ihre Ausführungen. Ich darf die Kolleginnen und Kollegen fragen, ob es Wortmeldungen und Anmerkungen gibt. Als Erstes hatte sich Herr Kollege Krauß gemeldet und dann die anderen Kollegen. Insofern fahren wir in der Reihenfolge der Größe der Fraktionen fort.

Herr Dr. Yaron, kurz zur Info: Wir würden jetzt erst die Wortmeldungen und die Fragen sammeln und Ihnen dann anschließend noch mal die Möglichkeit zur Beantwortung geben. – Herr Kollege Krauß, bitte.

Oliver Krauß (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Herzliche Grüße an Sie, Herr Dr. Yaron, aus Ihrer ehemaligen Heimat Düsseldorf. Vielen herzlichen Dank für Ihr Engagement. Ich habe jetzt nicht verstanden, ob wir jetzt ein Hupkonzert veranstalten müssen – was Sie uns ja schon geboten haben – als Anerkennung für Ihre sehr vielfältige Arbeit auf den ganz unterschiedlichen Themenfeldern, die Sie skizziert haben: Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend, Kultur. Ganz wichtig die Aussage, dass es

sich um eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe handelt und nicht um Entwicklungshilfe. Schön ist Ihr Satz, „sie brauchen nicht unsere Hilfe, sondern unsere Freundschaft und Partnerschaft.“

Nun haben Sie die Leitung des Büros in keiner ganz so einfachen Zeit übernommen. Covid-19, Pandemie, dann Wiederaufflammen des Nahostkonflikts im Mai dieses Jahres. Aus unserer Sicht ist da umso wichtiger, dass Sie die Arbeit dennoch aufgenommen haben und so die engen Beziehungen zu Israel stärken und wirklich dafür sorgen können, dass nicht nur der Schwarzwald, Berlin und Bayern in Israel bekannt sind. Wir wären da gern bereit, unseren Beitrag zu leisten. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, welches Datum gestern war. Der 11.11., der ja vielleicht auch mit dem Karneval ein wunderbarer Ansatzpunkt ist für Traditionspflege.

Aus unserer Sicht ist das Büro ein klares Signal der Wertschätzung. Schließlich ist es auch das erste Büro weltweit, das Nordrhein-Westfalen in einem anderen Land mit einem so umfassenden Auftrag eröffnet hat. Das zur Vorrede.

Meine konkrete Frage: Wie wird das Büro denn in Israel wahrgenommen? Sie haben gesagt, wir waren nicht die ersten. Die Bayern waren vor uns da. Wie wird denn das Büro wahrgenommen? Gibt es da eine Erwartungshaltung, dass auch andere Bundesländer die Freundschaft, die Partnerschaft so ausbauen?

Dann: Wie hat sich die Covid-19-Pandemie auf Ihre Arbeit und die des Büros ausgewirkt? Vielleicht können Sie sagen, Sie haben gesagt, übernächste Woche geht es jetzt wahrscheinlich erst richtig los. Aber welche Projekte und Vorhaben sind bei Ihnen denn noch konkret in nächster Zeit geplant? – Ganz herzlichen Dank, Herr Dr. Yaron.

Vorsitzender Dietmar Brockes: Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion Herr Kollege Watermeier, bitte.

Sebastian Watermeier (SPD): Herr Dr. Yaron! Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Herr Dr. Yaron, auch von meiner Seite vielen Dank für Ihren spannenden Vortrag, der, glaube ich, die breite Aufstellung dieses Büros sehr deutlich gemacht hat und den ich auch sehr beeindruckend fand.

Vielleicht erst mal anknüpfend an die Frage des Kollegen Krauß zum Thema „nicht einfache Zeit“. Sie beobachten sicherlich sehr intensiv den Umgang Israels und Deutschlands mit der Covid-19-Pandemie, weil das natürlich auch Ihren Arbeitsalltag prägt und die Frage, welche Veranstaltungsformen durchgeführt werden können. Wo sehen Sie, dass wir etwas von Israel lernen können, und was kann Israel vielleicht auch von Deutschland lernen im Umgang mit der Pandemie?

Dann hätte ich die grundsätzlichere Frage: Der endgültige Standort des Büros, ist der schon gefunden, oder wissen Sie, wo er liegen soll und wie er ausgestaltet sein soll? Im Januar 2020 hat uns die Landesregierung wissen lassen, dass Sie zunächst in einem modernen Coworking Space in Tel Aviv sitzen, also auch sehr nah an vielen der Zielgruppen, die Sie gerade beschrieben haben. Gibt es da Perspektiven, wie es weitergehen soll mit dem Standort des Büros?

Eher an die Landesregierung gefragt: Herr Dr. Yaron hat uns den breiten Themenmix vorgetragen. Können Sie prozentual beziffern, welche Bereiche der Tätigkeit des Büros wie stark gewichtet sind – also 30 % Wirtschaftsförderung, 30 % Kulturpartnerschaft oder wie auch immer – und wo Sie jetzt sagen, nach den Erfahrungen, die wir bisher mit dem Büro und seiner Arbeit gemacht haben, dieser Themenmix gefällt uns so, oder das eine ist vielleicht auch bedingt durch die Zustände im Moment über- oder untergewichtet gegenüber dem anderen; das wollen wir zukünftig noch ein bisschen verändern? Das wäre lieb, wenn Sie das noch mal ausführen könnten.

Nicht zuletzt die Frage: Wie ist das Büro rechtlich-institutionell angeknüpft an die Regierungsstrukturen in NRW – denn die breite fachliche Aufteilung lässt ja vielfältige Anknüpfungspunkte an die Tätigkeiten der Ministerien erkennen –, und wie ist es strukturell aufgestellt, also wie ist die Mitarbeiterbasis beispielsweise? – Danke schön.

Vorsitzender Dietmar Brockes: Vielen Dank. – Für die FDP-Fraktion Frau Kollegin Müller-Rech, bitte.

Franziska Müller-Rech (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Dr. Yaron! Auch von unserer Seite herzlichen Dank für diesen wirklich sehr umfassenden und vielseitigen, aber auch hochspannenden Vortrag. Wir haben einen sehr guten Eindruck hier gewonnen von Ihrer sehr wichtigen Arbeit in Israel. Ich glaube, Sie können auch wirklich sehr stolz darauf sein, was Sie schon erreicht haben.

Jetzt haben die Kollegen auch schon viele wichtige Fragen gestellt. Viele haben Sie auch schon selber in Ihrem Vortrag beantwortet. Deswegen möchte ich jetzt noch ein Schlaglicht richten auf insbesondere junge Menschen. Es hat mich sehr gefreut, dass Sie auch einen Fokus auf Bildung haben. Insbesondere das von Ihnen beschriebene Schulprojekt war wirklich auch sehr spannend und wegweisend. Es ist toll zu sehen, dass auch israelische Schulen dieses Angebot annehmen, auch in die Diskussion, in den Austausch zu kommen.

Deswegen richtet sich meine Frage auch auf das Thema. Wir haben eben zu dem Vereinigten Königreich schon gehört, wie wichtig auch der Austausch junger Menschen ist, insbesondere mit Blick auf die Zukunft der Zusammenarbeit. Was haben Sie denn noch so in der Pipeline, um genau diesen Austausch junger Menschen zu verbessern – sowohl in der Schule, aber vielleicht auch, was Ausbildungen angeht, also Azubiaustausch. Ist da schon etwas geplant? Das betrifft natürlich auch Studierende. Was sind da Ihre nächsten Schritte? – Vielen Dank.

Vorsitzender Dietmar Brockes: Danke. Für die grüne Fraktion Herr Kollege Rimmel, bitte.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Yaron! Ich bin, muss ich sagen, ausgesprochen beeindruckt, nach der kurzen Zeit und der Pandemie, welchen Strauß Sie

uns heute hier präsentiert haben. Ich glaube, man kann das an dieser Stelle auch mal sagen, wenn man nicht immer alles loben kann, sondern im Gegenteil die Regierung auch kritisieren muss – zu Recht an vielen Stellen –, aber an dieser Stelle ausgesprochener Dank. In der Kürze der Zeit das so auf die Beine zu stellen, ist sicherlich Ihr Verdienst, aber auch der Verdienst der Landesregierung, ein solches Büro gegründet zu haben. Das können wir nur weiter unterstützen.

Ich habe zwei Anregungen oder Fragen. Ein bisschen haben Sie mir im letzten Drittel Ihres Vortrags den Wind aus den Segeln genommen, indem Sie auch auf Umwelt hingewiesen haben, aber im Titel taucht das nicht auf. Nun kann man nicht alles in den Titel aufnehmen, aber vielleicht können Sie noch mal erklären, wie der Titel zustande gekommen ist. Warum ist das nicht einfach ein „NRW-Israel-Verbindungsbüro“, warum sind bestimmte Politikbereiche dort genannt? Gibt es da eine Priorisierung? Wie ist das entstanden? Mir fehlen in der Tat Klimaschutz und Umwelt, wenn es um Ergänzungen ging. Aber vielleicht haben Sie eine Erklärung dafür.

Einen besonderen Punkt haben Sie angesprochen. Ich glaube in der Tat auch, wenn es darum geht, Friedensprozesse zu begleiten oder zu befördern, spielt das Thema Wasserversorgung und Abwasser eine große Rolle, jedenfalls aus meiner Erinnerung der Projekte. Meines Erachtens gab es da auch mal welche zur beidseitigen Versorgung oder Entsorgung im Wasser- und Abwasserbereich jenseits der Mauern, die dort errichtet sind. Haben Sie da noch irgendwelche Restanten von solchen Projekten oder Hinweise, wie wir das vielleicht weiter unterstützen könnten?

Meine zweite Frage bezieht sich im Prinzip auf den parlamentarischen Austausch. Wir haben ja auch eine Parlamentariergruppe und sind leider durch Corona auch etwas behindert. Ich würde da auch noch Luft nach oben sehen im weiteren Austausch, in der Begleitung Ihres Büros – nicht, weil Sie bisher da nichts gemacht haben, sondern weil Sie bisher da nichts machen konnten –, den Austausch auf der politischen Ebene zu verstetigen und noch auszubauen. Das würde ich mir sehr wünschen.

Vorsitzender Dietmar Brockes: Danke. – Für die AfD-Fraktion Kollege Tritschler, bitte.

Sven Werner Tritschler (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank, Dr. Yaron auch für Ihren Vortrag. Ich hätte zwei Nachfragen, und zwar zum einen – ein Stück weit auch anschließend an das, was Herr Remmel gerade gesagt hat –: Inwiefern können Sie auch Unterstützung für uns Landtagsabgeordnete anbieten? Was für Dienstleistungen in dem Bereich können Sie anbieten?

Bei meinem letzten Besuch gab es Sie noch nicht. Inzwischen haben Sie offensichtlich auch ein verkehrsgünstig gelegenes Büro, wie wir gehört haben. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen.

Die zweite Frage wäre: Hat der Regierungswechsel in Israel irgendeine Auswirkung auf Ihre Arbeit gehabt? – Vielen Dank.

Vorsitzender Dietmar Brockes: Vielen Dank, meine Kolleginnen und Kollegen. – Herr Dr. Yaron, ich würde Ihnen dann gerne das Wort geben, um die Fragen zu beantworten und, soweit dann noch notwendig, Herrn Minister, um die an ihn gerichteten Fragen zu beantworten. Herr Dr. Yaron, Sie haben das Wort, bitte.

Dr. Gil Yaron (Büro des Landes NRW in Israel [per Video zugeschaltet]): Danke sehr. – Ich werde das einfach von oben nach unten abarbeiten, auch wenn man zwei oder drei zusammenfassen kann.

Erst mal Karneval: Sie rennen da eine offene Tür ein. Ich finde das ganz wichtig, dass der Karneval in Israel bekannter wird, zumal es hier eine sehr ähnliche Veranstaltung gibt. Es gibt auch einen jüdischen Karneval, der heißt Purim. Da kann ich Ihnen sagen, dass da schon erste Kontakte bestehen, die wir hergestellt haben zwischen den Kölische Kippa Köpp und mehreren Akteuren hier in Israel. Wir haben vor, wenn absehbar ist, dass man Reisen wieder langfristig planen kann, den Karneval auch mal hier nach Israel zu bringen. Denn ich sehe das alles als eine Sache, die im Verbund ist mit unseren Bestrebungen, Nordrhein-Westfalen in Israel bekannter zu machen. Damit, glaube ich, ist der Karneval ein ganz wichtiger Punkt, mit dem man werben kann.

Ich wurde auch gefragt zu zukünftigen Projekten, die wir planen. Eine Sache, die wir zum Beispiel völlig hinten anstellen mussten, sind Werbekampagnen für Nordrhein-Westfalen als Reiseland. Es macht keinen Sinn, dafür jetzt Geld auszugeben. Aber wenn wir für Nordrhein-Westfalen werben, wird der Karneval uns dafür natürlich auch dienen.

Zur zweiten Frage, wie wird das Landesbüro wahrgenommen? Ich glaube, da muss man erst mal unterscheiden zwischen der breiten israelischen Öffentlichkeit und der Politik. Ich kann mich an meinen Antrittsbesuch erinnern vor einem Jahr, als Herr Staatssekretär Speich hier war, später auch der Ministerpräsident Laschet, und das Landesbüro vorstellte. Das wurde von der israelischen Politik einhellig sehr warm begrüßt. Es gibt keine Erwartungshaltung gegenüber anderen Bundesländern, aber man hat sich sehr gefreut, dass Nordrhein-Westfalen dieses Zeichen hier gesetzt hat.

Wenn wir von der breiten Öffentlichkeit sprechen, glaube ich, ist es sehr schwer, Israelis erst mal zu erklären, dass es überhaupt Bundesländer gibt. Bei der Schwierigkeit fängt es schon an, denn Deutschland wird als eine Einheit wahrgenommen. Dass es einen Bund und Länder gibt, wie die Kompetenzen da verteilt sind, da hat man selbst bei politischen Gesprächspartnern hier oft ein Problem, weil der föderale Gedanke in Israel natürlich aus der Alltagserfahrung nicht bekannt ist.

So wurde unser Büro noch nicht sehr viel wahrgenommen. Aber durch solche öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen, wie wir sie kommende Woche im Kloster Bet Dschemal haben werden, mit der Teilnahme an Konferenzen, mit den Ausstellungen, die wir veröffentlichen, der Kunst und Kultur und gleichzeitig unserer Tätigkeit in der Geschäftswelt hoffen wir, Nordrhein-Westfalen immer bekannter zu machen und die Wahrnehmung in der breiten Öffentlichkeit zu heben.

Covid-19 hat sich natürlich sofort auf uns ausgewirkt. Wir wurden am 1. März eröffnet und, wenn ich mich richtig erinnere, am 5. oder 6. März wurde der Flughafen für

Ausländer gesperrt. Man konnte nicht mehr einreisen. Eines der ersten Dinge, die wir hier geplant hatten noch vor der Eröffnung, sollte Mitte März 2020 schon losgehen, das war ein Besuch von Experten aus Nordrhein-Westfalen, vom MAGS, als es um das Thema Arbeitssicherheit ging. Ein großes Problem, das die Israelis haben, ist, dass hier viel zu viele Bauarbeiter auf den Baustellen sterben, weil hier die Arbeitssicherheit nicht großgeschrieben wird. Ich hatte mich auch im Außenministerium vorgestellt, und ich hatte auch schon Kontakte von vorher, und die haben gesagt, „könnt Ihr uns nicht helfen, damit besser umzugehen?“

Wir hatten zwar Experten aus Nordrhein-Westfalen, die bereit waren, herzukommen und israelische Ausbilder auszubilden im Bereich Arbeitssicherheit. Dieser Besuch musste bisher hintenangestellt werden wie alle anderen Besuche. Erst jetzt im Prinzip, kommende Woche, geht es los mit den Besuchen aus Nordrhein-Westfalen.

Das heißt, wir waren extrem eingeschränkt, weil wir eigentlich ein Begegnungsort sein wollen. Das ging bis jetzt nur im Internet, und das ist natürlich ein recht schlechter Ersatz für die persönliche Begegnung. Aber wir waren halt drauf angewiesen, und bis jetzt hat sich das auf uns so ausgewirkt, dass wir tatsächlich fast ausschließlich virtuell gearbeitet haben und erst jetzt wirklich anfangen können, als Begegnungsort und als Begegnungsförderer tätig zu werden.

Konkrete Projekte: Ich weiß jetzt, ehrlich gesagt, aufgrund meiner Unerfahrenheit nicht, was die Gepflogenheit ist. Ich lege nur sehr ungern über ungelegte Eier, vor allem über ungelegte Eier, die noch nicht abgenickt wurden von Herrn Minister oder Herrn Staatssekretär. Deswegen: Es gibt sehr viele Dinge, die wir in der Pipeline haben. Aber die kann ich natürlich erst als konkrete Projekte bezeichnen, wenn sie von oben genehmigt sind.

Generell kann ich sagen, dass wir noch mehrere Leuchtturmprojekte planen. Ein Bereich davon wird die Umwelt sein und, was angesprochen wurde, der Klimaschutz. Wirtschaft ist definitiv ein Leuchtturmprojekt, das wir hoffentlich bald verkünden können, ebenso im Jugendaustausch und Sport.

Etwas anderes, wo wir meiner Meinung nach – ein bisschen Eigenkritik hier – viel zu wenig unterwegs waren, ist beim Thema „Gleichstellung von benachteiligten Gruppen“, wir zum Beispiel Behinderten. Da konnten wir noch kein Projekt ausfindig machen, wo wir zum Nutzen beider Länder etwas beitragen können. Aber wir sind da aktiv auf der Suche. Um es einmal darzustellen: In 20 % oder 30 % der Fälle kommen Partner auf uns zu und suchen unsere Hilfe, und in 80 % der Fälle sind wir noch sehr aktiv unterwegs und versuchen, Partner zusammenzuführen und Projekte, die wir uns ausdenken, auf den Weg zu bringen. Das ist eine recht ermüdende Arbeit, und das ist da wahrscheinlich nicht anders als in der Start-up-Welt. Wenn man Leuten sagt, habt ihr nicht Lust, was zu machen, am Anfang ist die Begeisterung groß. Aber wenn es dann darum geht, die Arbeit zu machen, bleiben ungefähr 80 % bis 90 % der Projekte am Wegesrand liegen, weil wir halt nicht alles für unsere Partner machen können.

Insofern sind da noch einige Projekte in der Pipeline. Ich hoffe, wenn wir vielleicht in einem Jahr noch mal sprechen, dass ich Ihnen noch über viele weitere Projekte berichten kann.

Zur Frage Covid, da war noch die Frage, wer von wem lernen kann. Ich glaube, beide Seiten können von beiden Seiten lernen, wobei das Lernen sich nicht nur darin ausdrücken kann, dass man das kopiert, was der andere macht. Viele Dinge, die in Israel gemacht wurden, sind für Deutschland einfach nicht anwendbar. Wenn wir daran denken, dass die Israelis den Inlandsgeheimdienst eingesetzt haben für Kontaktverfolgung ... Ich glaube, wenn man den Verfassungsschutz oder den BND einsetzen würde, um Kontakte von Covid-19-positiven Patienten nachzuverfolgen, das ist etwas, was man in Deutschland schlichtweg nicht anwenden kann. Den Israelis hat es geholfen, aber wenn man letztendlich unterm Strich die Bilanz verfolgt, obwohl beide Länder in vielen Hinsichten unterschiedliche Wege gegangen sind, sind die Ergebnisse vergleichbar.

Was wir beim Expertenaustausch gesehen haben, ist, dass man, wenn es um juristische Fragen geht, sehr interessiert aufeinander gehört hat, man aber gleichzeitig gesagt hat, die kulturellen und juristischen Unterschiede in den Gesetzgebungen und Strukturen sind einfach sehr unterschiedlich. Da sind interessante Ideen, aber das ist für uns nicht umsetzbar.

Wo der Austausch, glaube ich, interessanter ist, ist wirklich, wenn es um Gesundheit per se geht, also von Experten aus dem Gesundheitswesen. Da war die Erfahrung der letzten zwei Jahre, dass die Entwicklungen in Israel ein bis zwei Monate vorher stattgefunden haben, bevor sie in Deutschland stattfanden. So wäre ein noch intensiverer Austausch zwischen den Gesundheitswesen sehr interessant gewesen, weil die Israelis sehr viel Erfahrung haben mit Impfen. Sie haben auch jetzt die Nase weit vorn weltweit. Hier sind schon an die 4 Millionen Israelis bereits zum dritten Mal geimpft, haben also schon die Boosterimpfung erhalten. Die Israelis haben jetzt beschlossen, auch Fünf- bis Zwölfjährige zu impfen, und wir werden sehen, wie sich das auswirkt. Da gibt es viele Dinge, wo einfach das Beobachten von dem, was in Israel stattfindet, für Nordrhein-Westfalen sehr interessant und sehr ertragreich sein könnte.

Was den endgültigen Standort betrifft: Das ist eine politische Entscheidung. Da kann sich der Herr Minister, glaube ich, zu äußern. Das liegt nicht an mir, da eine Entscheidung zu fällen oder Dinge festzustellen. Ich kann nur feststellen: Wir sind jetzt an einem guten Ort, und wie jeder Standort hat dieser Vor- und Nachteile. Es wird dann später an der politischen Spitze liegen zu erwägen, ob das der endgültige Standort sein soll oder nicht, je nachdem, wie die Vorteile und Nachteile gewichtet werden von der jetzigen und von der nächsten Landesregierung.

Unsere institutionelle Anknüpfung an andere Institutionen ist wie folgt: In erster Linie versteht sich dieses Büro als Dienstleister. Wir sind eine Abteilung innerhalb der Abteilung 4 in der Staatskanzlei und dabei im MBEI. Wir sind ein Dienstleister für andere Ministerien. Über all unsere Projekte werden die zuständigen Ministerien über die Spiegelreferate oder über direkte Kontakte informiert. Bei meinen Dienstreisen in Düsseldorf bin ich natürlich bei allen Ministerien, die relevant sind für unsere Projekte, auch persönlich zugegen und informiere. Es geht wirklich darum, Synergien zu schaffen zwischen den verschiedenen Ministerien, denn oft weiß ja die rechte Hand nicht, was die linke Hand macht. Wir versuchen da, eine Übersicht zu schaffen und miteinander zu verknüpfen, weil auch viele Dinge mehrere Ministerien gleichzeitig betreffen. Wir

versuchen da, Synergien zu schaffen, zu informieren und gleichzeitig Denkanstöße zu geben und neue Partner hier zu finden.

Zum nächsten Themenkomplex, Jugend und Ausbildung: Auch da planen wir. Wie gesagt, da sind weitere Dinge in der Pipeline. Ich hoffe, dass, wenn wir vielleicht kürzer als in einem Jahr sprechen werden, dass ich Ihnen dann noch weite Dinge nennen kann. Aber definitiv zeichnet die israelisch-deutschen Beziehungen und die Beziehung zwischen Nordrhein-Westfalen und Israel in großem Maße aus, dass sie ein Ding sind von akademisch gebildeten Menschen. Wir haben extrem viel Austausch in der akademischen Welt, in der Forschungswelt, zwischen Universitäten, zwischen Geschäftsleuten. Wenn wir aber in die handwerklichen Berufe gehen, haben wir weitaus weniger Austausch. Und das ist etwas, was uns aufgefallen ist. Da wollen wir weitaus mehr Austausch herbeiführen, also auch Azubis, Auszubildende.

Das Interessante ist, dass da das Interesse in Israel enorm groß ist, weil nämlich vor allem der duale Bildungsweg in Deutschland die Israelis sehr interessiert. Das Arbeitsministerium hier – und das geht schon auf die Frage, wie der Regierungswechsel sich auswirkt – möchte die ganze Berufsbildung neu aufstellen. Da schaut man natürlich als Allererstes nach Deutschland, und man nimmt wahr, dass unser Büro hier da ist. Da gibt es also großes Interesse, mit Nordrhein-Westfalen enger zusammenzuarbeiten. Wir hoffen, dass wir da neue Kooperationen und Zusammenarbeit herbeiführen können, weil das natürlich nicht nur für die Israelis interessant ist, vom deutschen Berufsbildungsweg zu lernen und vor allem von der deutschen Expertise.

Nur mal als kurze Anmerkung: Hier kann sich eigentlich jeder Schreiner nennen. Er muss sich nicht ausbilden lassen. Er muss nur einen Hammer kaufen können, und dann kann er sich als Schreiner im Internet bewerben und zu Ihnen nach Hause kommen und bei Ihnen so einigen Schaden anrichten. Das möchte man hier ändern, und da schaut man auf das deutsche Modell.

Was die Findung des Titels angeht, da hatte ich jetzt persönlich gar nichts mit zu tun. Der Titel stand schon fest, lange bevor ich angestellt wurde, und er entstand als Dialog zwischen der Staatskanzlei und dem Auswärtigen Amt. Wenn es da um Details geht, muss ich leider an andere Stellen verweisen. Da kann ich Ihnen leider keine Informationen zu liefern, weil das vor meiner Zeit ist.

Was Wasser betrifft, das ist jetzt wirklich ein ganz faszinierendes Thema. Sie haben vielleicht in meiner Präsentation gesehen. Bei dieser Verbindung, die wir zusammenbringen wollen zwischen Dortmund und dieser Organisation EcoPeace, geht es genau um Wasser und die politische Bedeutung von Wasser. Es ist ja so ein Diktum, dass man sagt, der nächste Krieg im Nahen Osten wird über Wasser geführt werden. Das könnte stimmen, aber Wasser ist – übrigens ganz ähnlich wie die Kohle in Europa – ein Element, das sich in zwei verschiedene Richtungen entwickeln kann.

Genauso wie man im 19. Jahrhundert in Europa Kriege führte, um im Prinzip Stahl und Kohle zu beherrschen, und im Nachkriegseuropa die Montanunion, die Kohle und der Stahl der Ursprung war für die Europäische Union und für den langanhaltenden Frieden, den wir jetzt in Europa haben, stimmt es, dass es auch im Nahen Osten sehr lange Krieg um Wasser gab, aber Wasser durch neue Technologien im Prinzip auch

der Nidus, also der Anfangspunkt, werden kann für Friedensprozesse. Denn was Israel gezeigt hat in den vergangenen 20 Jahren, ist, dass es eigentlich keinen Wassermangel gibt hier in der Region, sondern einen Mangel an erneuerbaren Energien. Israel hat heute keinen Wassermangel mehr in seinen Haushalten, weil 55 % des Wassers aus israelischen Wasserhähnen aus dem Mittelmeer stammt. Das ist entsalztes Meerwasser.

Nicht nur, dass Israel Weltmeister ist in der Meerwasserentsalzung, Israel ist auch Meister im Recyclen von Wasser. Fast 90 % des Wassers hier wird recycelt und wiederverwendet, sodass Israel heute dank dieser beiden Maßnahmen mehr als doppelt so viel Wasser zur Verfügung hat als noch vor 15 Jahren als einziges Land im Nahen Osten in dieser Größenordnung. Das schafft enorme Aussichten für Kooperationen mit den Umgebungen, mit den Nachbarn.

Wir sehen erst vor Kurzem einen neuen Vertrag mit Jordanien. Israel verkauft weiter 50 Millionen Kubikmeter Wasser an Jordanien im Rahmen des Friedensvertrages, Wasser, das Jordanien bitter nötig hat, und auch die Palästinenser. Was die Israelis aber brauchen, um mehr Wasser herzustellen, ist Energie. Da möchte man vor allem auf erneuerbare Energien setzen, und da kommt jetzt die Partnerschaft mit Ländern wie Jordanien ins Spiel, die riesige Wüstenflächen haben, auf denen man wunderbar Solarenergie herstellen kann. Das heißt, hier könnte sich eine neue Partnerschaft um solche Fragen entwickeln. Das ist genau das, was EcoPeace macht, und das ist das politisch interessante an Umweltfragen hier, weil die Umweltprobleme, die jeder hat, keiner von ihnen alleine lösen kann. Da wollen wir uns einbringen als technologischer Partner, als Partner, der Kontakte herstellt zu den einschlägigen Organisationen und Firmen in Nordrhein-Westfalen. Da sind wir definitiv unterwegs.

Was den parlamentarischen Austausch betrifft, den Herr Rimmel ansprach: Natürlich, den würden wir sehr gerne unterstützen. Wie wir auch ein Dienstleister für die Landesregierung sind, sind wir ein Dienstleister natürlich für das Land Nordrhein-Westfalen und sind da gerne helfend tätig.

Das führt mich zu der Frage, wie können wir MdL unterstützen? Da sehen wir unsere Aufgabe hauptsächlich, als Ansprechpartner da zu sein, wenn Sie Themenvorschläge suchen, wenn Sie Ansprechpartner suchen, die wir empfehlen. Wir können gerne Empfehlungen aussprechen. Da sind wir gerne helfend tätig, arbeiten da aber sehr eng mit der Botschaft zusammen, weil wir da eine sehr strenge Aufgabentrennung haben. Das Verhältnis ist im Augenblick sehr harmonisch, und wir wollen natürlich, dass das so fortbesteht.

Der letzte Punkt, Regierungswechsel in Israel: Der hat sich noch nicht unmittelbar auf unsere Arbeit ausgewirkt. Wir hoffen aber, dass vor allem, wenn es um den Jugendaustausch geht, die neue israelische Regierung sich interessierter daran zeigt, auch mit ausländischen Partnern den Jugendaustausch verstärkt zu fördern, noch mehr als die bisherige Regierung. Wir sehen, dass diese Regierung einen viel stärkeren Fokus auf Umweltfragen setzt. Was der Außenminister noch sehr stark betont hat, ist, dass dieser Regierung die guten Beziehungen zu Europa weitaus wichtiger sind als ihren Vorgängerinnen und man da auch schon einen ersten Wandel erkennen kann. Wir hoffen, dass sich das letztendlich auch auf die Arbeit unseres Büros auswirken wird. –

Ich hoffe, dass ich Ihre Fragen beantworten konnte. Wenn ich etwas vergessen habe, bitte mich dran erinnern.

Vorsitzender Dietmar Brockes: Ganz herzlichen Dank, Herr Dr. Yaron. – Herr Minister, möchten Sie noch ergänzend auf die Fragen eingehen?

Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI): Nur wirklich in Kürze. Das Büro ist ein Referat in der Staatskanzlei. Zusammen mit Herrn Yaron arbeiten in Tel Aviv vier Personen, zwei in Düsseldorf. Herr Yaron hat es viel wissenschaftlicher und schöner gesagt, als ich es jetzt sagen werde, aber wir kriegen, was wir bekommen können.

Das heißt, wir stellen Kontakte her zu Universitäten, Kulturbereichen, Unternehmensbereichen. Herr Yaron hat schon aufgezählt, was er alles macht. Uns interessiert, angefangen von seiner Einschätzung der Rolle vom Iran bis zur Frage von erneuerbaren Energien, alles. Das sind unsere Mitbewerber. Die Universitäten sind erstrebenswert gut, und da probieren wir zu kriegen, was wir kriegen können.

Vorsitzender Dietmar Brockes: Vielen Dank. Ich darf die Kolleginnen und Kollegen fragen, ob es noch weitere Fragen oder Anmerkungen gibt. – Eine kurze Frage dann bitte von Herrn Kollegen Watermeier von der SPD, bitte noch.

Sebastian Watermeier (SPD): Das ist dann eine kurze Frage an den Minister, Herr Vorsitzender. Vielen Dank, dass Sie mir das Wort noch einmal erteilt haben.

Herr Minister, wir haben jetzt diesen sehr eindrücklichen Vortrag gehört über die breite Aufstellung des Büros in Israel. Ich glaube, es ist relativ einhellig gelobt worden, was an Ergebnissen bisher trotz der Coronalage produziert werden konnte. Es stellt sich natürlich die Frage: Wir sind jetzt Vorreiter mit diesem Büro in Israel.

Gerade beim letzten Tagesordnungspunkt haben wir über das Verhältnis zu Großbritannien gesprochen, und mit Blick auf die Ergebnisse der Brexit-Enquete hat uns die Brexit-Enquete sehr deutlich empfohlen, eine dauerhafte und repräsentative Einrichtung NRWs im Vereinigten Königreich zu schaffen, die auch laut der Handlungsempfehlung Nummer 12 einen sehr breiten Auftrag in wissenschaftlicher, kommunaler, zivilgesellschaftlicher und kultureller Kooperation haben soll, also ganz ähnlich wie das, was die Kollegen in Tel Aviv machen.

Gibt es Überlegungen bei der Landesregierung, dieses Modell Israelpartnerschaft umzusetzen in eine weitere repräsentative Einrichtung im Vereinigten Königreich?

Vorsitzender Dietmar Brockes: Vielen Dank, Herr Kollege Watermeier. – Herr Minister bitte zur Beantwortung.

Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI): Die Überlegung haben wir auch gemeinsam schon diskutiert. Wir haben bei der Diskussion Brexit überlegt, was machen wir, wenn wir die Nähe weiter zum Vereinigten Königreich haben wollen? Was macht

das Wirtschaftsministerium, was macht die Landesregierung, was macht das Land? Es gibt aber keine diskussionsfähigen Umsetzungsvorschläge. Dass wir irgendwie reagieren müssen, wenn sich das verfestigt, halte ich für notwendig.

Vorsitzender Dietmar Brockes: Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht.

Herr Dr. Yaron, dann möchte ich mich ganz herzlich bei Ihnen bedanken für Ihre Ausführungen. Sie haben deutlich gemacht, wie vielfältig und vor allen Dingen auch wie wichtig Ihre Arbeit in Tel Aviv für Nordrhein-Westfalen in der Beziehung zu Israel ist. Bitte machen Sie weiter so! Ich glaube, das ist hier die einhellige Meinung gewesen, dass Sie schon in der kurzen Zeit sehr viel erreicht haben. Insofern freuen wir uns darauf, wenn wir weiterhin im Austausch bleiben.

So, wie ich das eben vernommen habe, je nach pandemischer Lage kommen wir dann zu Ihnen, den Karneval feiern. Insofern – Spaß beiseite – Ihnen weiterhin alles Gute. Wir freuen uns auf den weiteren Austausch.

Dr. Gil Yaron (Büro des Landes NRW in Israel [per Video zugeschaltet]): Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2022)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14700

Vorlage 17/5713
Vorlage 17/5889
Vorlage 17/5918

Einzelplan 02 – Staatskanzlei (Zuständigkeitsbereich des Ausschusses)

Vorsitzender Dietmar Brockes hält fest, heute müsse der Ausschuss den Haushalt 2022 abschließend beraten. Änderungsanträge lägen bis dato nicht vor.

Oliver Krauß (CDU) bedankt sich bei der Landesregierung für den vorgelegten Haushaltsentwurf, den seine Fraktion ausdrücklich begrüße. Gerade in schwierigen, herausfordernden Zeiten sehe man, dass die richtigen Schwerpunkte gesetzt würden. Der Gesamtansatz 2022 für Europa und Internationale Angelegenheiten weise gegenüber 2021 ein Mehr von rund 370.000 Euro auf. Das möge im Vergleich zum Vorjahr ein etwas geringeres Wachstum sein, sei aber im Vergleich zu anderen Ressorts auch ein Anstieg. Das müsse man sich vergegenwärtigen. Der Minister habe es auch in dem vorgelegten Bericht erwähnt.

Als die NRW-Koalition im Sommer 2017 die Geschäfte übernommen habe, habe sich der Gesamthaushalt für den Bereich Europa auf rund 1,6 Millionen Euro belaufen, der Haushalt für Internationale Angelegenheiten auf rund 6,0 Millionen Euro. Seitdem habe es einen sukzessiven Anstieg auf rund 4 Millionen Euro für den Europabereich und auf rund 11 Millionen Euro für den internationalen Bereich gegeben. Damit werde klar die Bedeutung unterstrichen, die diese Landesregierung der europäischen internationalen Zusammenarbeit beimesse.

Im Haushaltsentwurf seien zusätzliche Mittel für Europaaktivitäten des Landes und die Pflege der europäischen Beziehungen vorgesehen mit einem Plus von 150.000 Euro. Darunter falle auch die auf Initiative der Koalitionsfraktionen hin geplante Partnerschaft mit der Region Piemont in Italien. Es sei der NRW-Koalition ein großes Anliegen, die internationalen Partnerschaften zu pflegen und womöglich weiter auszubauen, aber auch neue Partnerschaften einzugehen. Piemont sei ein hervorragendes Beispiel.

Vor wenigen Minuten habe der Ausschuss Gelegenheit gehabt, sich mit Dr. Yaron, dem Leiter des NRW-Büros in Israel, auszutauschen. Die Aktivitäten NRWs in Tel Aviv würden die Präsenz des Landes stärken und würden auch im kommenden Jahr einen wichtigen Schwerpunkt der internationalen Aktivitäten darstellen.

Ein weiterer Gast heute sei Rafe Courage. Dieses Jahr würden 75 Jahre Beziehungen zum Vereinigten Königreich, 75 Jahre Friendship, gefeiert. Daher begrüße seine Fraktion ausdrücklich, dass auch im Haushaltsentwurf zusätzliche Maßnahmen, die in Zusammenhang mit dem Brexit stünden, insbesondere zur Abmilderung der Folgen

sowie der Schülerinnen- und Schüleraustausche mit dem Vereinigten Königreich finanziert werden sollten.

Es sei erfreulich, dass das europäische Engagement der Kommunen und der Zivilgesellschaft NRW weiter gewürdigt werde. Da werde Europa vor Ort gelebt. Auszeichnungen wie die „Europaaktive Kommune“, die „Europaaktive Zivilgesellschaft“ und die Programme „Europa bei uns Zuhause“, „Europa erleben und lernen“, den Foto- und Kurzfilmwettbewerb „EuroVisions“ und „NRW debattiert Europa“ machten das deutlich.

NRW werde weiter als ein Standort für europäische und internationale Politik gestärkt. In diesem Zusammenhang sei es erfreulich, dass auch die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, gerade auf Ebene der Bundesstaaten, weiter vertieft werden sollten. Die Zusammenarbeit mit dem US-Bundesstaat Pennsylvania werde wieder aufgenommen. So solle noch in diesem Jahr eine gemeinsame Absichtserklärung verabschiedet werden. Ebenso mit dem US-Bundesstaat New Jersey und der kanadischen Provinz British Columbia gebe es Gespräche über eine Kooperation. Das seien aus Sicht seiner Fraktion starke positive Signale, die begrüßt würden.

Schließlich begrüße er, dass Projekte, welche die internationale Zusammenarbeit und die Entwicklungspolitik des Landes stärken würden, weiterhin gefördert würden. Für das international ausgerichtete Bundesland mitten im Herzen von Europa sei das sicher ein gutes Zeichen. Dem Haushaltsentwurf werde seine Fraktion daher zustimmen.

Sebastian Watermeier (SPD) kündigt an, dass seine Fraktion mit Ablehnung votieren werde. Er wolle das in einigen Punkten begründen. Aus Sicht der SPD-Fraktion halte der Haushalt in einigen Punkten die Ambitionen, die Kollege Kraus gerade beschrieben habe, nicht ein. Beispielsweise finde man in dem Titel „Zuschüsse für Projekte einschließlich des Regionalen Weimarer Dreiecks“ eine Kürzung der Zuschüsse um 45.000 Euro für 2022. Das sei angesichts der Diskussionen in Europa und der Wichtigkeit der regionalen Zusammenarbeit aus Sicht seiner Fraktion ein politisch falsches Signal. Wichtig wäre es, die Mittel hier mindestens konstant zu halten oder unter dem Eindruck weiter wachsender Herausforderungen insbesondere in der Zusammenarbeit der Regionen im Hochschulbereich, aber auch für die zukünftige Kontaktpflege im Nachgang des Brexit stärker auszubauen.

Im Titel „Internationale Angelegenheiten, Ausgaben für die Pflege der Auslandsbeziehungen des Landes Nordrhein-Westfalen für das Büro des Landes Nordrhein-Westfalen in Israel“ würden für 2022 150.000 Euro weniger veranschlagt, die seien haushaltsneutral in einen anderen Titel umgeschichtet worden, nämlich zugunsten des Titels „Zuschüsse für Projekte im In- und Ausland, darunter auch Projekte zwischen Israel und NRW“. Die Stoßrichtung sei sicherlich die gleiche. Es sei hier aber so, dass die allgemeine Förderung und die Förderung von Einzelprojekten in diesem Haushalt quasi als korrespondierende Röhren betrachtet würden. Das sei aus seiner Sicht das falsche Signal. Eine allgemeine Förderung dürfe nicht zugunsten einer Förderung von Einzelprojekten erfolgen.

Die Zuschüsse an die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, die GIZ, müssten eigentlich aus Sicht seiner Fraktion erhöht werden.

Ein letzter Punkt, der die Ablehnung begründe: Es habe Schlagzeilen gemacht, dass die Landesregion die Bewerbung des Ruhrgebiets als UNESCO-Welterbe abschlägig beschieden habe und im Prinzip entschieden habe, dass diese Bewerbung in der nächsten Bewerbungsrunde gestellt werden solle, um bessere Erfolgsaussichten zu haben. Wer das so entscheide zum Leidwesen derjenigen, die sich sehr um diese Bewerbung bemüht hätten, der müsse aus seiner Sicht dafür sorgen, dass diese Bewerbung beim nächsten Mal auch höhere Erfolgsaussichten habe. Dementsprechend hätte man einen Haushaltstitel zur Begleitung und Verbesserung der Bewerbung schaffen müssen.

Franziska Müller-Rech (FDP) merkt an, sie sei sonst nicht Mitglied in diesem Ausschuss. Sie werde es kurzhalten, wolle aber drei Schwerpunkte hervorheben, die für ihre Fraktion in diesem Haushalt sehr wichtig seien. Man habe nicht nur am heutigen Tag gehört, wie wichtig die verbesserte Zusammenarbeit und das Zusammenleben sei. Zunächst hebe sie die europäische Zusammenarbeit hervor mit all den Projekten in Benelux, im Vereinigten Königreich – dazu habe der Ausschuss heute viel gehört –, aber auch in Frankreich, in der Region Haute de France, in Polen, in Schlesien und in Italien, das Piemont. Sie befürworte da auch aus ihrer anderen Rolle als schulpolitische Sprecherin insbesondere, dass der Fokus auf junge Menschen und den Austausch, der sich in Zukunft weiter verfestigen werde, gelegt werde. Wer schon als junger Mensch Kontakte zu anderen Nationen knüpfe, der profitiere davon ein ganzes Leben lang. Auch das habe der Ausschuss heute an mehreren Stellen gehört.

Der zweite Fokus sei außerhalb von Europa zu sehen, die Partnerschaften NRWs mit anderen Nationen, insbesondere auch Ghana sei hervorzuheben. Auch dort werde der Fokus auf die jungen Menschen gelegt, die man dort unterstützen könne. Über Israel müsse man heute so gut wie gar nichts mehr sagen. Es sei sehr eindrucksvoll, was man gehört habe, was die NRW-Aktivitäten angehe. Auch die neue Partnerschaft mit Nordmazedonien wolle sie nennen.

Als Bonnerin freue sie sich insbesondere über die Stärkung des internationalen Standorts Bonn. Bekannt sei, dass der Transit der Bundesstadt Bonn als alte Hauptstadt in eine neue Zukunft eine große Herausforderung für die Stadt und die Region gewesen sei. Aber die Region meistere sie gerade. Bonn habe mit dem UN-Standort dort, dem Hauptquartier des Klimaschutzsekretariats UNFCCC die Stadt sehr gut international aufgestellt. Sie freue sich, dass das Land NRW Bonn dabei unterstütze, als Kompetenzzentrum für Nachhaltigkeit und Internationale Politik auch hier in NRW ein wichtiges Zeichen für die Weiterentwicklung des Landes zu setzen.

Als Beispiel nenne sie die Nordrhein-Westfälische Akademie für Internationale Politik, den neuen Standort des Europäischen Zentrums für mittelfristige Wettervorhersage. Auch mit der Sicherung des Sitzes des Internationalen Paralympischen Komitees habe man weit über die Region Bonn und Rhein-Sieg hinaus wichtige Entscheidungen für die Weiterentwicklung von Nordrhein-Westfalen und seiner internationalen Ausrichtung getroffen.

Zusammenfassend: Mit dem vorliegenden Einzelplan würden gezielt richtige und wichtige Weichenstellungen vorgenommen, um die Bürgerinnen und Bürger für Europa und die internationale Zusammenarbeit zu begeistern, die Auslandsbeziehungen sinnvoll weiterzuentwickeln und zu vertiefen. Es gebe vielversprechende Projekte, auch um die Sichtbarkeit NRWs im Ausland maßgeblich zu unterstützen, zu erhöhen. Sie bedanke sich im Namen ihrer Fraktion für diesen Aufschlag.

Johannes Remmel (GRÜNE) möchte etwas anders an das Thema herangehen, nachdem Kollege Krauß eine Bilanzierung fast über die ganze Legislatur aufgeblättert habe. Die Relation müsse man insofern herstellen. Er werde mit Sicherheit auch für die Plenardebatte aufbereiten, wie in anderen Ressorts die Aufwüchse sowohl von den konkreten Beträgen her bis hin zu den Prozentzahlen aussähen. Er wolle sich positiv zu dem verhalten, was im Haushalt stehe. Das heiße nicht, dass er dem Haushalt zustimme, keineswegs.

Er würde – das habe seine Fraktion die ganze Zeit getan – die finanzierten Projekte und Themen unterstützen. Das sei nicht die Frage. Die Frage sei, wenn man dauernd von Intensivierung und Ausweitung spreche – so stehe es jedenfalls in den Texten, die zum Haushalt zur Verfügung gestellt worden seien, auch in der Rede des Ministers –, und dann schaue, wo Intensivierung und Ausweitung stattfinde, dann stelle man fest, das Wort sei sehr groß, aber die Tat sehr klein. Die Kritik seiner Fraktion betreffe nicht unbedingt die Frage der Schwerpunktsetzung, sondern die Frage der Realisierung von dem, was man ankündige, und dem, was hinten beim Geld herauskomme.

Wenn man – das wollten alle gemeinsam – die Beziehungen zum Piemont anschieben wolle, wenn man die europäische Bildungsarbeit unterstützen wolle, dann müsse man da auch Butter bei die Fische tun, da mehr tun. Seine Fraktion schlage vor – aufgrund der Zeitläufe werde das erst zur abschließenden Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses so sein –, den Bereich der schulischen Europabildung auch in Richtung Weiterbildung, insbesondere Volkshochschulen, zu erweitern. Seine Fraktion schlage vor, viel stärker die Zivilgesellschaft – das sei in dem Antrag angekündigt worden – bei der Frage Konferenz der Zukunft Europas zu unterstützen.

Er sehe eine deutliche Leerstelle bei der Begleitung der Städtepartnerschaften, insbesondere in den wichtigen Zukunftsfragen Europa, Klimaschutz und ökonomischer Austausch, aber auch in Menschenrechtsfragen. Auch das habe seine Fraktion mit Anträgen unterstrichen. Hier fehle das, was unter Intensivierung und Ausweitung angekündigt werde, zu konkretisieren. Er bitte, die Ablehnung des Haushaltes nicht als Kritik dessen, was monetär an Projekten finanziert werde, zu verstehen, sondern als Kritik an der Leerstelle, wenn es um Intensivierung und Ausweitung gehe.

Sven Werner Tritschler (AfD) gibt an, die Kritik seiner Fraktion dürfe man auch als Kritik verstehen. Die Änderungsanträge kämen noch ins Plenum. Die AfD-Fraktion habe seit Jahren die Förderung und Subventionierung der Lobbyorganisationen, insbesondere der parteipolitischen Lobbyorganisation „Europaunion“ kritisiert. Geradezu absurd finde er den Titel „Förderung der Europafähigkeit“. Da müsse man sich fragen, wie man all die Jahrzehnte europafähig gewesen sei, bevor die Landesregierung das

gefördert habe. Wenn da jemand Nachhilfe brauche, sei es vielleicht ein Europaminister, der Haltungsnoten an die Nachbarn und Freunde in Polen und anderswo erteile, lustigerweise auch noch in seinen eigenen Zeitungen. Deswegen werde seine Fraktion den Haushaltsentwurf mit voller Überzeugung ablehnen.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/14700 unverändert mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

(Wird heute nicht behandelt; s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“.)

4 NRW stellt sich seiner internationalen menschenrechtlichen Verantwortung – durch antidemokratische Regime bedrohte Menschen schützen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/12049

Ausschussprotokoll 17/1531 (Anhörung vom 03.09.2021)

5 Austausch schafft Freundschaft und Verständnis – ein Stipendienwerk/-programm zur Aufrechterhaltung der Austauschbeziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/13411

Ausschussprotokoll 17/1579 (Anhörung vom 01.10.2021)

(Überweisung des Antrages an den Ausschuss für Europa und Internationales – federführend – sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, den Wissenschaftsausschuss und den Ausschuss für Schule und Bildung am 29.04.2021)

Vorsitzender Dietmar Brockes gibt an, die mitberatenden Ausschüsse hätten in ihren Sitzungen am 10. November diesen Antrag jeweils einstimmig angenommen.

Oliver Krauß (CDU) führt aus, er freue sich über die einstimmigen Beschlussempfehlungen aus den Fachausschüssen, die bereits darüber befunden hätten. An dieser Stelle wolle er den Sachverständigen für die sehr gelungene Anhörung danken, die das gemeinsame Vorhaben bestätigt habe. Die Initiative sei einhellig begrüßt und gelobt worden. Es sei wichtig, dass sich NRW als Bundesland mit besonders engen Beziehungen zum Vereinigten Königreich frühzeitig nach dem Brexit um die Aufrechterhaltung, die Förderung der Austauschbeziehungen kümmere – von Schülerinnen und Schülern angefangen, über Azubis bis hin zu Studierenden. Sie alle würden von Auslandsaufenthalten im Vereinigten Königreich profitieren.

Die durch den Wegfall des Erasmus+-Programms enorm gestiegenen Kosten eines Aufenthalts im bei jungen Menschen nach wie vor äußerst beliebten Vereinigten Königreich müssten aufgefangen werden. Vor allem jungen Menschen, denen aufgrund ihrer finanziellen Möglichkeiten bislang ein Auslandsaufenthalt verwehrt bleibe, sollten in den Fokus genommen werden. Gleichzeitig habe man auch durch die Anhörung wichtige Anregungen aufgenommen für die konkrete Ausgestaltung des Programms. Es sei wichtig, dass das Programm flexibel gestaltet werde und zu gegebener Zeit eine Evaluation stattfinde, ob eine Einbettung in eine mögliche bundesdeutsche Förderung möglich wäre.

Entscheidend sei, dass die Landesregierung zügig mit der weiteren Planung beginne. Er bitte an dieser Stelle um eine breite Unterstützung dieses Ausschusses.

Franziska Müller-Rech (FDP) betont, Kollege Krauß habe schon viel Wichtiges über den Antrag gesagt. Von daher könne sie sich kurzfassen. Der Jugendaustausch sei besonders wichtig, um nach dem Brexit diesen Einschnitt nur temporär zuzulassen und dafür zu sorgen, dass die Nationen – NRW habe dem Vereinigten Königreich viel

zu verdanken – auch wieder kräftig zusammenwachsen könnten. Da sei insbesondere das Stipendienprogramm ein wichtiger erster Schritt.

Sie freue sich auch sehr und bedanke sich dafür, dass die anderen Ausschüsse alle zugestimmt hätten. Insbesondere im Schulausschuss, in dem es nicht immer einmütig zugehe, sei das Votum sehr einmütig gewesen. Sie bedanke sich, dass der Landtag ein geschlossenes einstimmiges Signal sende. Das sei auch insbesondere angesichts des Jubiläums ein sehr wichtiges Zeichen. Auch in der Brexit-Enquete sei das einer der Punkte gewesen, der auf einhellige Meinung gestoßen sei. Sie bedanke sich für die Unterstützung und freue sich, dass der Landtag dieses starke Signal heute sende.

Sven Werner Tritschler (AfD) bedankt sich für die Initiative der Koalitionsfraktionen. Er habe das im Wissenschaftsausschuss auch schon gesagt. Gerade als ehemaliger Erasmus-Student freue es ihn, dass das hier angeknüpft werde.

Er müsse aber seinen Vorrednern insoweit widersprechen – man habe es heute Morgen schon gehört –, es sei keine notwendige Folge des Brexits gewesen, dass die Briten aus dem Erasmus-Programm ausgestiegen seien. Sie hätten sich dafür bewusst entschieden, weil sie auch die Schwächen des Programms gesehen hätten. Vielleicht sollte man sich damit auch einmal auseinandersetzen, anstatt das gemeinsam mit dem Brexit wegzuwischen. Es gebe durchaus Untersuchungen, dass es im Erasmus-Programm soziale Unausgewogenheit gebe, dass die Anreizwirkung so sei, dass die Leute, die ohnehin schon ins Ausland gehen könnten, sich dann noch ein nettes Zubrot damit holten. Das sei eigentlich nicht Sinn des Programms gewesen. Hingegen hätten es sich die anderen, die es sich nicht hätten leisten können, auch mit Erasmus nicht leisten können. Seine Fraktion finde die Initiative begrüßenswert und werde dem auch zustimmen.

Sebastian Watermeier (SPD) schickt voraus, seine Fraktion werde dem Antrag ebenfalls zustimmen. Grundsätzlich eine die Stoßrichtung, diesen Austausch weiter zu ermöglichen und nach Möglichkeit auszubauen. Wichtig sei, dass die aus der Sachverständigenanhörung aufgenommenen wichtigen Punkte Berücksichtigung fänden, insbesondere Fragen regionaler Orientierung, wie regionale Partnerschaften beispielsweise zwischen Greater Manchester und der Metropole Ruhr zukünftig in solchen Austauschprojekten stärker Widerhall finden könnten.

Die heute im Austausch mit Rafe Courage schon aufgeworfene Frage einer Sonderregelung bezüglich der Studienbeiträge, ohne die dieses Programm nicht durchführbar sei oder sehr teuer werde, müsse beantwortet werden, nicht zuletzt aber auch die Frage, inwiefern junge Menschen von dieser Austauschmöglichkeit profitieren könnten, die bisher im internationalen Austausch deutlich unterrepräsentiert seien. Da habe Herr Tritschler richtigerweise die Frage von Studierenden aufgeworfen, für die das finanziell schwierig zu handhaben sei. Das greife aber weit darüber hinaus. Insbesondere gehe es auch um junge Menschen mit niedrigerem Bildungsabschluss oder einer außeruniversitären Bildung, die ebenfalls am Austauschprogramm partizipieren sollten. Man müsse deutlich fragen, ob für die auch die Wege nach Großbritannien so offen stünden, wie man sich das wünschen würde.

Johannes Remmel (GRÜNE) gibt an, dass seine Fraktion auch zustimmen werde, sei kein Geheimnis mehr nach den Vorläufen in den mitberatenden Ausschüssen. Insofern brauche er das nicht noch einmal zu begründen. Er wolle aber trotzdem auf den Status Quo zu sprechen kommen. Jetzt werde sozusagen der Planungsauftrag gegeben. Das sei noch nicht die Konkretion. Die Konkretion müsse laufen, müsse die Landesregierung bringen. Er erwarte da auch innerhalb einer absehbaren Frist, dass man noch vor Ende der Wahlperiode miteinander besprechen könne, wie das konkret aussehen solle – etwa eine Stiftungslösung, wie möglicherweise auch andere Kooperationspartner mit einbezogen werden könnten, all das, was in der Anhörung an wertvollen Hinweisen gekommen sei. Das betreffe auch die Frage der gesamten Finanzierung. Das sei ein Auftrag mit der Bitte, da zügig „Fleisch an den Knochen zu bringen“ und das Ganze erneut hier zur Diskussion zu bringen.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion Drucksache 17/13411 einstimmig zu.

Vorsitzender Dietmar Brockes betont, dass das gerade nach der Diskussion, die der Ausschuss zu Beginn der Sitzung geführt habe, ein wirklich gutes Signal sei. Das zeige, wie wichtig dem Landtag die Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich sei.

6 Grenzüberschreitender Hochwasser- und Katastrophenschutz (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*)

Vorlage 17/5797

Vorlage 17/5947

Johannes Remmel (GRÜNE) bedankt sich für den ergänzenden Bericht – Vorlage 17/5947. Der letzte Bericht sei ja schon zur letzten Sitzung erbeten worden. Der ergänzende Bericht treffe die eigentliche Fragestellung der konkreten Krise viel besser. Da springe ins Auge, dass berichtet werde, dass Belgien im Gegensatz zu Nordrhein-Westfalen und der Bundesrepublik den EU-Katastrophenschutzmechanismus aktiviert habe und damit das Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen. Er meine, der Ausschuss habe das Zentrum auch einmal auf einer der Brüsselreisen besichtigt und die vielen Monitore da gesehen, Sattelitenbilder. Er frage, warum das von Seiten Nordrhein-Westfalens nicht erfolgt sei, in Belgien aber sehr wohl.

Die zweite Frage leite sich aus der sehr umfangreichen Auflistung dessen ab, was man im Vorfeld an Übungen, Katastrophenzusammenarbeit grenzüberschreitend gemacht habe. Wenn er das richtig verstanden habe, habe es unter der Überschrift „Wasserwettbewerb“ eine Übung im Juni 2021, vor der Katastrophe in diesem Jahr im grenzüberschreitenden Bereich mit den Niederlanden gegeben. Es sei um Gesundheitsrisiken, Verschränkung der Bereiche Gesundheit und Umwelt gegangen. Im konkreten Fall, einen Monat später, habe es keine grenzüberschreitenden Abstimmungen oder Kontakte gegeben, jedenfalls sei das nicht aus dem Bericht erkennbar. Er frage, wie sich das verhalte, erfolgreiche Übung, aber keine Praxis.

Dr. Günther Bergmann (CDU) bedankt sich bei der Landesregierung für den ausführlichen Bericht, der aufgrund der allgemeinen Formulierungen durch Bündnis 90/Die Grünen grenzüberschreitender Hochwasser- und Katastrophenschutz gelautet habe. Dann habe es eine Konkretisierung für die zweite Anfrage gegeben. Es habe die Möglichkeit gegeben darzustellen, wie sich das entlang der Grenze darstelle. Das betreffe nicht nur die Ruhr, Niers und Maas, sondern besonders den Rhein als den stärksten Fluss. Da wisse Herr Remmel aus seiner alten Tätigkeit, dass es da, obgleich es so viel Zusammenarbeiten gebe, noch große Defizite gebe, weil viele Dinge auch in der Zeit von 2010 bis 2017 nicht umgesetzt worden seien, obgleich sie schon 1993 von der Vorgängerin Bärbel Höhn angekündigt worden seien.

Nach der 95er-Erklärung habe es bis 2015 dazu kommen sollen, dass der technische Hochwasserschutz am Rhein komplett fertig sein sollte. Das sei nicht eingehalten worden. Nachdem Herr Remmel gemerkt habe, dass das nicht funktioniert habe aufgrund von vielen Punkten, die zusammengespielt hätten, sei das in einem neuen Paket bis 2025 erweitert worden. Dieses Paket werde man wahrscheinlich auch nicht einhalten können, weil die Kapazitäten bei der Bezirksregierung für die Genehmigungen nicht vorhanden seien.

Die Zusammenarbeit, die es dort gebe – das wisse Herr Remmel aus seiner alten Tätigkeit –, sei grenzüberschreitend. Die Deichringe 46, 47 spielten beidseits des Rheins,

beidseitig der Grenze im täglichen Miteinander an der Grenze eine wichtige Rolle. Das wisse auch der Pilot, der da gewesen sei, Millingen aan de Rijn, auf der niederländischen Seite, und die Stadt Kleve mit dem Löschzug Rindern im Bereich des Katastrophen- und Feuerwehrschatzes. Da sei die Kooperation ganz eng. Jedes Jahr werde mit der Rijkswaterstraat auf der einen Seite, den Deichverbänden auf der anderen Seite und den angeschlossenen Hilfsorganisationen, der Polizei und den Strukturen, die es auf beiden Seiten des Rheines gebe, eng zusammengearbeitet.

Darüber hinaus gebe es beim Katastrophenschutz beziehungsweise beim Gesundheitswesen – der Punkt sei sehr wichtig an der Grenze – enge Zusammenarbeit. Das beziehe sich nicht nur auf dem Kreis Kleve, sondern auch auf den Kreis Viersen, wenn er Christopher 9 sage. Das gehe auch weiter runter bis in den Bereich Belgien hinein. Die Hubschrauber würden beidseitig der Grenze eingesetzt.

Die zweitgrößte Klinik der Niederlande sei die Radboud von Nijmegen, Universitätsklinik. Sie sei an der Grenze einer Endmoräne gebaut und rage fast auf die deutsche Seite über, weil sie 200 Meter davor laufe. Die Hubschrauber würden, Gott sei Dank!, dort hinfliegen, weil es für viele im Grenzgebiet viel näher sei, als nach Duisburg geflogen zu werden. Der Venloer Hubschrauber mache das umgekehrt genauso. Diese Kooperationen seien alle sehr eng. Die grenzüberschreitenden Deichringe seien auch in Anwesenheit der Nachfolgerin von Herrn Remmel bei der Hochwasserschutzkonferenz zum Beispiel in Arnhem letztes Jahr diskutiert worden. Es sei deutlich gemacht worden, wie eng die Kooperation zwischen den Niederlanden und Nordrhein-Westfalen sei.

Es dürfe nicht passieren – das unterstelle er Herrn Remmel aber nicht –, dass jetzt die Hochwasserkatastrophe, so schlimm sie gewesen sei, in der Diskussion das dominiere, was eigentlich seit Jahren endlich aufgeholt worden sei, laufe, nämlich der technische Hochwasserschutz entlang des Rheins als dem Fluss, der am meisten Wassermassen habe. Gerade flössen vielleicht 9- bis 10.000 Kubikmeter die Sekunde hier vorbei, im Hochwasserfall seien es bis zu 16.000 Kubikmeter. Die Niederlande seien innerhalb kürzester Zeit in der Lage gewesen – er erinnere an den Bypass in Nimwegen –, die Situation herzustellen, dass sie die großen Flächen im Bereich Arnhem, Mechen, Arnhem-Nijmegen Knooppunt, sicherstellen würden. Hier habe man es immer noch nicht geschafft. Das müsste weiter im Fokus bleiben und dürfe nicht durch die Hochwasserkatastrophe überlagert werden, so schlimm das sei und so wichtig die Maßnahmen seien, um Vorsorge zu treffen, sodass sich das in dieser Art nicht mehr wiederhole. Es dürfe nur nicht das eine das andere überdecken. Man müsse weiterhin den Fokus auf den normalen technischen Hochwasserschutz im Grenzgebiet legen.

Wenn hier ein Deich breche, liefen bis zu 20 % der Niederlande voll, und hier stehe das Wasser – hier gebe es Prognosen und Simulationen, die man sich im Netz anschauen könne – sechs bis acht Meter hoch mit einer Konsequenz für die Infrastruktur, für die privaten und die öffentliche Hand, die katastrophal wären. Da müsse man auf jeden Fall Sorge dafür tragen, dass das nicht passiere.

RD'in Daniela Giannone (IM) legt dar, sie sei Referentin für Europa und Internationale Angelegenheiten in der Abteilung 3 im Innenministerium. Sie sei zuständig für die Projekte

bezüglich des grenzüberschreitenden Katastrophenschutzes in der bilateralen Zusammenarbeit mit Belgien und den Niederlanden oder auch mit anderen Staaten wie Luxemburg und auch für die europäischen Angelegenheiten auf EU-Ebene zuständig.

Herr Remmel habe gefragt, warum NRW den EU-Katastrophenschutzmechanismus nicht aktiviert habe. Das liege daran, dass man in Deutschland das föderale System habe und in NRW ein sehr ausgefeiltes System der überörtlichen Hilfe. Das heiße, die massive Hochwasserkatastrophe habe nicht nur einen grenzüberschreitenden Charakter gehabt. Sie habe im Grunde die gesamte südliche Landeshälfte von NRW betroffen mit sehr vielen Hotspots in weiten Landesteilen, von Hagen bis nach Wuppertal, von Erftstadt bis nach Düsseldorf und Köln, dann auch in die Randgebiete Richtung Städteregion Aachen, Euskirchen und Heinsberg, die direkt an der belgischen Grenze, zum Teil an der niederländischen Grenze lägen.

Das heiße, man habe insbesondere in den ersten Lagen der Flutkatastrophe massiv überörtliche Hilfe in Anspruch genommen durch Aktivierung von Einsatzkräften aus anderen Kreisen, die nicht betroffen gewesen seien, teilweise aus nördlicher gelegeneren Kreisen. Am 15., 16. Juli seien auch Einsatzkräfte aktiviert worden, die aus Hessen und Niedersachsen gekommen seien. Daraus sei abzuleiten, dass man in NRW in der glücklichen Lage sei, auf Einsatzkräfte aus anderen Bundesländern, aus anderen Kreisen, da NRW ein großes Bundesland sei, zurückzugreifen. Es habe nicht die Notwendigkeit gegeben – man könne nicht direkt den Katastrophenschutzmechanismus aktivieren, man müsse das über das BMI machen, was sich wiederum an die Europäische Union wenden würde. Die Europäische Union habe es mehrfach angeboten und habe gefragt, ob man nicht den Krisenmechanismus aktivieren wolle. Das sei aber aus Sicht des Ministeriums nicht notwendig. Am 16. Juli habe man zum Teil schon wieder Einsatzkräfte nach Rheinland-Pfalz geschickt, um dort zu helfen.

Die Flutkatastrophe sei vom Umfang, von den Schadensereignissen her, die dort passiert seien, historisch. Belgien habe dieses Hilfeersuchen über den Bund an die Bundesländer gesteuert, das werde über das GMLZ beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe in Bonn so weitergeleitet. Grundsätzlich sei es bekannt. Man sei aber selber in der Hochphase des Flutereignisses nicht in der Lage gewesen, nach Belgien eigene Einsatzkräfte zu entsenden. Das sei in dem Moment nicht möglich gewesen. Insgesamt hätten sechs oder sieben Mitgliedstaaten der Union Hilfe angeboten. Es sei nicht so, dass sich kein Land der Europäischen Union gerührt hätte, sondern sechs oder sieben Staaten hätten das gemacht. Letztendlich habe Belgien auch die Hilfe von drei Staaten in Anspruch genommen, unter anderem Frankreich. Das seien Mitgliedsstaaten, die selber nicht von den Flutereignissen betroffen gewesen seien. Auf bilateraler Ebene seien die belgische Regierung, die Föderalregierung und auch die Wallonie auf regionaler Ebene nicht an Innenminister Reul herangetreten, um auf einer anderen Ebene nach Hilfe zu fragen.

Die Niederlande wiederum seien nicht so stark betroffen gewesen. Es habe leichtere Hochwasserereignisse in den Niederlanden gegeben, aber lange nicht so, dass die Niederländer das nicht selbst mit ihren eigenen Einsatzkräften hätten bewältigen können. Das sei der Grund gewesen, dass man erstens zu stark betroffen, beeinträchtigt gewesen sei, um selber ins Ausland Einsatzkräfte schicken zu können. Zweitens sei

NRW selbst in der Lage gewesen, durch andere Kreiseinsatzkräfte und durch hessische und niedersächsische Kräfte das Geschehen in den Griff zu bekommen.

Zur zweiten Frage hinsichtlich Wasserwettbewerb 10. Juni 2021: Da sei zu betonen, das betreffe ein Übungsszenario im Kreis Borken der Bezirksregierung Münster beziehungsweise der Waterschap Limburg. Das sei der nordwestliche Teil von NRW, der da geübt habe, der bei dem Flutereignis selbst überhaupt nicht betroffen gewesen sei. Der Evaluierungsbericht, der das Ministerium erreicht habe, sei erst am 30. August veröffentlicht worden. Das heiße, die Erkenntnisse, die aus dieser Übung durch die Akteure, die zusammengearbeitet hätten, nach außen getragen worden seien – Kreis Borken, Bezirksregierung Münster, von NRW-Seite aus –, hätten das Ministerium erst spät erreicht.

Dadurch, dass man im letzten Jahr in den grenzanliegenden Bezirksregierungen insgesamt sechs neue Stellen für den Bereich grenzüberschreitende Katastrophen geschaffen habe, würden jetzt aktiv solche grenzüberschreitenden Übungen geplant und durchgeführt; da sei diese große Übung die erste gewesen, die es in der Form gegeben habe. Insofern werde man jetzt sehr genau schauen. Im September habe die Bezirksregierung Düsseldorf eine solche Übung durchgeführt. Die Evaluierung laufe noch. Der Bericht liege noch nicht vor. Bei dieser Evaluierung – das dürfe man auch nicht vergessen – seien auch ausländische Partner aus den Niederlanden beteiligt. Das seien sehr umfangreiche Darstellungen, die nicht innerhalb von zwei, drei Wochen vorlägen, das dauere länger.

Man wolle jetzt im Innenministerium sowohl den Evaluierungsbericht aus Münster, mit den Münsteranern und den Partnern aus der Juni-Übung, als auch die Übung im September, an der die Bezirksregierung Düsseldorf beteiligt gewesen sei, noch einmal genau auswerten. Da werde man sehen, welche Defizite vorgelegen hätten. Man dürfe auch nicht vergessen, wenn es um grenzüberschreitende Katastrophenereignisse gehe: Das A und O seien wirklich Übungen.

Das, was im Juli passiert sei, habe jeglichen Übungsrahmen gesprengt. Ein solches Szenario habe man noch nie geübt, weil es auch in dieser Form nicht habe geübt werden können. Da müsse man auch realistisch bleiben. Man werde jetzt versuchen, auch im Rahmen des neuen Programms N4 – das sei ein neues Gremium beziehungsweise eine neue Netzwerkstruktur, die man im Moment mit den Niederlanden aufbaue – zusammenzuarbeiten. Da werde es im nächsten Jahr eine große Sicherheitskonferenz in Apeldoorn geben und ein anschließendes bilaterales Seminar. Da werde es sicherlich auch schwerpunktmäßig um die Flutereignisse gehen. Da werde man aufarbeiten, inwiefern man aus diesen beiden Übungen wertvolle Erkenntnisse für die Zukunft, auch in Zusammenhang mit der Flut im Juli ableiten könne.

Johannes Remmel (GRÜNE) hat keine weiteren Fragen. Er bedanke sich für die ausführliche Beantwortung.

Damit kein falscher Eindruck entstehe: Es sei seiner Fraktion mit dieser Frage um das konkrete Katastrophenmanagement in dieser Situation gegangen. Wenn dadurch der Eindruck entstanden sei, da werde konkretes Krisenmanagement in den Vordergrund

geschoben und die politische Intensität in Sachen Präventionsvorsorge hintenangelassen, wolle er dem entschieden widersprechen. Man sollte nicht an der Stelle, wo etwas verbinde und in der gemeinsamen Absicht eine, die Hausaufgaben auch wirklich zu machen, Trennendes nach vorne schieben.

In der Sache selbst blieben Fragen offen aufgrund der Darstellung, die möglicherweise an anderer Stelle geklärt werden müssten. Der Landtag habe auch einen Untersuchungsausschuss einberufen – nicht um Schuld zuzuweisen, sondern um zukünftiges Krisenmanagement besser zu machen. Er frage, warum es trotz der Übungen, die es vorher gegeben habe – er könne sich selber an LÜKEX-Übungen erinnern, die regelmäßig stattfänden –, in der Krise selbst, auch wenn sie so nicht vorhersehbar gewesen sei – Krisen hätten es an sich, dass sie immer wieder neu um die Ecke kämen –, an manchen Stellen nicht funktioniert habe, was Krisenkommunikation angehe. Das müsse man heute nicht weiter ausdiskutieren. Er sage nur, das sei die Frage, die im Raum stehe.

7 **Gute Arbeit auf digitalen Plattformen – Keine Chance für Billiglöhne und Sozialdumping!**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/13778

Ausschussprotokoll 17/1565

(Überweisung des Antrages an den Ausschuss für Digitalisierung und Innovation – federführend – sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales und an den Ausschuss für Europa und Internationales am 19. Mai 2021)

Vorsitzender Dietmar Brockes hält fest, heute solle der Antrag abschließend beraten werden.

Sebastian Watermeier (SPD) hält fest, bestimmte Arten von Plattformarbeit könnten prekäre Arbeitsbedingungen schaffen. Das äußere sich im Mangel an Transparenz und Verlässlichkeit der vertraglichen Vereinbarung, im unklarem Beschäftigtenstatus, in Arbeitsbedingungen, einem unzureichenden Zugang zum Sozialschutz sowie Zugang zu Arbeitnehmervertretungen und Tarifverhandlungen. Um diesen Problemen zu begegnen, bedürfe es Änderungen im Arbeits- und Sozialrecht wie auch in Fragen der Mitbestimmung.

Im Fachgespräch sei seitens des DBG herausgestellt worden, dass individueller und kollektivrechtlicher Handlungsbedarf bestehe. Kernproblem sei die Aberkennung von Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechten. Zudem werde der Betriebsbericht seitens der Plattform bestritten, damit kein Zugang zu entsprechenden Rechten und Gesetzen bestehe.

Die grundsätzliche Frage sei, ob man es wirklich in jeder Hinsicht mit neuen Beschäftigungsformen zu tun habe oder ob es sich eher um das Ausnutzen von Lücken im deutschen Arbeitsrecht handle, um Beschäftigung, die es als Konzept schon immer gegeben habe, jetzt zu für die Arbeitgeber günstigeren Bedingungen abzuwickeln. Zentrale Handlungsfelder sei laut des DGB und laut des Antrags die Umkehr der Beweislast. Nicht die Beschäftigten müssten nachweisen, dass sie Arbeitnehmer oder Arbeitnehmerinnen seien, sondern die Plattformen müssten nachweisen, dass sie es nicht seien.

Es werde gefordert, den Betriebsbegriff bundesgesetzlich so zu definieren, dass er auf Plattformökonomie zutreffe. Notwendig seien mehr Forschung und Statistiken zur Relevanz der Plattformökonomie. Jede Form von Arbeit müsse unter den Schutz der Sozialversicherung, paritätisch finanziert, gestellt werden. Ein Tariftreue- und -vergabegesetz in NRW wäre hilfreich als landespolitischer Ansatz.

Um die Brücke zum europäischen Bereich zu schlagen: Die Ausgestaltung der Säule sozialer Rechte in Europa brauche auch Impulse aus der regionalen und nationalen

Ebene. Als Landtag von Nordrhein-Westfalen, als Ausschuss für Europa und Internationales sei es Aufgabe, auch diese Impulse zu setzen. Dementsprechend bitte er um Zustimmung zu diesem Antrag.

Oliver Krauß (CDU) bedankt sich dafür, dass Herr Watermeier am Ende versucht habe, die Brücke in den Ausschuss zu schlagen. Nichtsdestotrotz bleibe die Fachdebatte dem zuständigen Fachausschuss vorbehalten. Er wolle der Debatte da nicht vorgehen. Für ihn stehe nur fest, dass der Umgang mit diesen Plattformen eine wichtige Zukunftsfrage der Arbeitsmarktpolitik sei, unbestritten. Er habe vernommen, dass die Landesregierung das Thema im Blick habe, auch ohne, dass es eines Antrages oder diverser Hinweise bedurft hätte.

Er könne es für seine Fraktion erklären, dass sie an der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stehe. Man werde die Digitalisierung und die Transformation der Arbeitswelt positiv begleiten. Man betone die Chancen, greife aber da ein, wo Menschen auf der Strecke blieben und die Sozialpartnerschaft nicht mehr greife. Die soziale Marktwirtschaft werde daher in einer modernen und digitalen Arbeitswelt die Richtschnur für das politische Handeln bleiben. Den Antrag lehne seine Fraktion daher ab.

Johannes Remmel (GRÜNE) erklärt, seine Fraktion werde den Antrag unterstützen. Dieser Antrag bewege sich in digitalen Sphären. Man habe noch ungelöste Probleme im analogen Bereich. Er erinnere an die Diskussion, die es um die Arbeitsplätze im Transportgewerbe gegeben habe. Da würden die Worte, die jetzt in die Diskussion gebracht würden, etwas hohl klingen. Es seien Konservative im Europäischen Parlament und später im Rat, auch die Bundesregierung gewesen, die verhindert hätten, dass das Transportgewerbe mit in den Katalog aufgenommen werde. Jetzt erlebe man die Auswirkung davon, dass der freie Markt in Europa, bezogen auf die Arbeitskräfte, am Ende dazu führe, dass wichtige Logistik nicht stattfinden könne, wirtschaftliche Beziehungen darunter leiden würden. Da müsse eine neue Initiative mit Blick auf Großbritannien erfolgen, dass man hier bessere Arbeitsbedingungen bekomme und einen größeren Anreiz, diesen Beruf auch auszuüben. Das sei genau das Problem.

Franziska Müller-Rech (FDP) möchte den Fokus darauf setzen, dass eine große Mehrheit der Crowdworker die Tätigkeit nebenberuflich ausübe, weil sich das wegen der Flexibilität auch gut mit dem Hauptjob oder mit dem Studium vereinbaren lasse. Dieser Antrag würde durch diese erhöhten Regulierungsmaßnahmen genau solche Arbeitsmodelle einschränken. Die FDP-Fraktion sei der Meinung, dass nicht jeder Selbstständige oder Crowdworker dann auch so schutzbedürftig sei, wie es die SPD-Fraktion hier darstelle. Sie denke, der federführende Ausschuss werde noch intensiver darüber diskutieren. Heute werde ihre Fraktion den Antrag ablehnen.

Sven Werner Tritschler (AfD) führt aus, als jemand, der der Enquetekommission „Digitalisierung der Arbeitswelt“ angehört habe, wisse er, dass das im Wesentlichen ein Spin-off aus der Kommission sei, mit Handlungsempfehlungen, die keine Mehrheit dort gefunden hätten, und zwar aus gutem Grund. Wie es die Vorrednerin gerade ange-

sprochen habe, hier werde versucht, mit Mitteln aus dem letzten Jahrhundert eine neue Arbeitswelt zu gestalten. Für die meisten, die Crowdfunding machten, sei das eine angenehme Möglichkeit – das hätten auch die Anhörungen ergeben –, ihr Gehalt aufzubessern oder als Studenten das Einkommen aufzubessern. Die Überregulierung, die hier vorgeschlagen werde, würde diesen Leuten eher Schwierigkeiten machen, als in irgendeiner Form zu helfen.

An Herrn Remmel gewandt, fährt der Redner fort, der Umstand, dass es zu wenig LKW-Fahrer gebe, liege in erster Linie daran, dass denen zu wenig Geld gezahlt werde. Das sei in einer Marktwirtschaft so. Dann sei es nicht Aufgabe der EU, mehr Geld zu bezahlen oder das zu regulieren, sondern das müssten die Unternehmen machen, wenn sie keine Mitarbeiter finden würden. Das werde auch passieren.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 17/13778 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

8 Verschiedenes

Europäischer Bürgerdialog

Vorsitzender Dietmar Brockes verweist auf den Europäischen Bürgerdialog, der am vergangenen Samstag im Plenarsaal stattgefunden habe. Rund 50 Bürgerinnen und Bürger, darunter sehr viele junge Teilnehmer, hätten teilgenommen und seien der Einladung zum Bürgerdialog gefolgt. Gleichzeitig sei die Veranstaltung auch vielfach im Livestream verfolgt worden. Sie werde in den europäischen Beteiligungsprozess zur Konferenz zur Zukunft Europas entsprechend eingebettet.

Es sei eine sehr positive Veranstaltung gewesen, sowohl organisatorisch als auch inhaltlich. Das Feedback sei sehr gut gewesen. Er selbst habe leider aufgrund der Quarantänebedingungen nicht teilnehmen können, wolle aber an dieser Stelle auch den Dank an die anwesenden Kollegen Krauß, Remmel und Watermeier richten, dass sie sich in den Dialog eingebracht hätten. Ebenso wolle er dem Präsidenten für seine Begrüßung danken und seiner Kollegin Freimuth, die ihn würdig vertreten habe. Ganz besonders wolle er sich für die Organisation bei Herrn Odebrecht bedanken, der sowohl inhaltlich als auch organisatorisch gute Arbeit geleistet habe und für eine sehr gute Veranstaltung gesorgt habe. Man werde die Veranstaltung nun auswerten und dies in den weiteren europäischen Prozess einbringen. Soweit die Auswertung da vorliege, würde er auf die Obleute zukommen, um das weitere Prozedere abzustimmen.

Sebastian Watermeier (SPD) verweist auf den Bundesparteitag der SPD, der am Termin der nächsten Ausschusssitzung stattfinden werde. In der Vergangenheit sei es so geregelt worden, wenn Bundesparteitage gewesen seien, habe der Ausschuss entweder in Fraktionsstärke abgestimmt, manchmal werde der Ausschuss auch verschoben. Er frage, ob man das in der Obleuterunde noch einmal besprechen wolle.

Vorsitzender Dietmar Brockes erwidert, wenn er richtig informiert sei, treffe das auf den Dezembertermin zu. Der Termin werde ausfallen. Deshalb sei auch diese Sitzung heute etwas länger gewesen, weil der Punkt mit Herrn Yaron vorgezogen worden sei. Er habe die Obleute informiert, dass, wenn kein anderer Wunsch geäußert werde, die Dezemberersatzung ausfallen werde. Insofern sei man dem Anliegen schon gerecht geworden.

Heute sei es die letzte Sitzung für dieses Jahr gewesen. Die Abgeordneten würden sich in den nächsten Tagen und Wochen noch an verschiedenen Stellen miteinander austauschen. Er wünsche ein schönes Wochenende und auch eine schöne Adventszeit.

gez. Dietmar Brockes
Vorsitzender

08.12.2021/21.12.2021

10